

Sächsische Volkszeitung

Verlagsort: Dresden in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt. Ausgabe A mit Wurst. Beilage 10,20 M.
Ausgabe B 9,45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus! Ausgabe A 10,65 M. Ausgabe B 9,90 M. —
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Redaktionsschreiber der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vom

Mittwoch 2. Juni 1920

Bewilligt 21 300
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14797

Das Lied von gestern

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ stimmen es an. Fünf Tage vor der Wahl greift auch dieses altdemokratische Blatt in seinen antizentralistischen Bettelkisten, in dem es die Kritik gegen das Zentrum noch aus früherer Zeit konservert hält. Was das Blatt in seiner Nummer 148 vom Dienstag den 1. Juni da auf einen Spalt zusammenphantasiert, steht auf einem so niedrigen politischen Niveau, daß es nur eines Hinweises bedarf und im übrigen diese Angriffe einfach abgedreht gehängt werden müssen. Das Zentrum ist — „die eigentliche Umschlusspartei“. Nun wissen wir es. Was das Blatt eigentlich für eine politische Richtung hat, weiß im gegenwärtigen Augenblick niemand. Es hat in den letzten Jahren in so vielen Farben geschillert, daß bei den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wohl selbst keine Klarheit in politischen Dingen mehr vorhanden zu sein scheint. Bald war es mehr konservativ, bald mehr national liberal, bald noch mehr links und dann wieder rechts — aber immer mit einem starken altdemokratischen Einschlag. Das ist das einzige, was geblieben ist und sich nicht geändert hat. Jetzt behauptet das Blatt sogar, daß Zentrum hätte den Konserventen die preußische Wahlreform solange verschleppt, bis es für richtige Reformen zu spät geworden sei. Man greift sich an den Kopf, wenn man so etwas liest, denn dasselbe Blatt behauptet doch in derselben Nummer, daß das Zentrum die eigentliche Umschlusspartei sei. Wie sage doch der Dichter: „Iß's auch Wahnsinn, so hat es doch Method.“ Dann kommt in dem Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ der Hauptschläger: „Wer vom Tische des Papstes ist, steht daran.“ Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ können bestmöglich sein. Niemand wird ihnen zumuten, davon zu essen, und sie werden daran nicht sterben. Wir würden dem Blatt aber doch empfehlen, alle Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, damit sie nicht eines Tages einem Österreicher in die Hand fallen, der ihnen schließlich etwas vom Tische des Papstes in ihre Speisen mischen wird. Alle Getränke und Speisen, die in Zukunft in der Redaktion der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ genossen werden, müssen von Reichs wegen einer chemischen Untersuchung unterzogen werden. Wir haben aufrichtigen Bedauern mit der großen Gefahr, in der dieses Leipziger Blatt schwört und währenddessen dringend empfiehlt, in seinen Mäusen schlunkst ein chemisches Laboratorium einzurichten; die Mittel dazu hat es ja in ausgedehntem Maße. Wie würden es nämlich aufsichtlich behandeln, wenn durch das Zentrum, das ja nun erfreulicherweise auch in Leipzig zunimmt, dem Blatt das Säckchen anderer ebenfalls bereitet würde. Denn — man höre und staune, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ verkünden, das Kaiserium Wilhelms II. habe von den freudigen Freuden genossen welche die Zentrumspolitik immer bereit gehabt habe, und es sei daran gesprochen. Was soll man zu einer solchen Behauptung noch sagen? Und weiter verkündet das Blatt, daß jede Koalition, die vom Zentrum abhängig wäre, kein Fortschritt in sich trage. Furchtbar entseztlich!

Es ist letzten Endes das alte Lied, das Lied von gestern, daß die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ anstimmen. Der antizentralistische Reichsverband in neuer Gestalt. Von rechts und von links füllten in diesen Tagen die Gegner des Zentrums gerade bei uns in Sachsen über unsere Partei her. Daher müssen aber auch unsere Zentrumshänger noch in den letzten Tagen vor der Reichstagswahl das Lied von gestern anstimmen. Allerdings ist es ein anderes Lied, einmal ist unser Lied frei von alter Schäßigkeit, aber unser Lied von gestern vertritt die Geschichte der Zentrumspartei in den letzten 50 Jahren. Und diese Geschichte widerlegt von Seite zu Seite die unerhörten Behauptungen und Verdächtigungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten.“ Darum, Zentrumshänger, verbreitet noch überall den Zentrumsgedanken im christlichen Volke Sachsen! stimmt überall das hohe Lied der Zentrumspartei an. hsl.

Zentrumspartei, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

Von einem Zentrum-Parlamentarier

Am 28. April hat die deutsche Nationalversammlung das Gesetz über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigungen angenommen. Die Zentrumspartei hat bei dem Ausstabenommen dieses wichtigen Gesetzes hervorragend mitgewirkt und gearbeitet. Mit Geld und Geldeswert lassen sich zwar bis 2 Millionen Tote und bis 1½ Millionen Kriegsbeschädigte, die 120 000 Kriegsinvaliden, die 1 Million 200 000 Waisen und 50 000 Doppelwaisen, wie die heutigen Eltern gefallener Krieger nicht oft oft das entschädigen, was der Krieg ihnen an Geld gebracht hat. Die Toten werden nicht mehr lebendig! Ehrenbürgertum des ganzen deutschen Volkes aber ist es, die Erstattung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sicherzustellen. Diesen Standpunkt haben die Abgeordneten des Zentrums bei der Beratung dieses Gesetzes in ebenso eindrücklicher, wie wirkungsvoller und nachhaltiger Weise vertreten.

Die alte Erfahrung unterschied zwischen dem Mannschaftsversorgungsgesetz, dem Offizierspensionsgesetz und dem Hinterbliebenengesetz. Es waren drei Gesetze mit äußerst ungereichen Leistungen, bestimmt doch die Vollrente für einen gemalten Soldaten nur 540 M.,

dabei sind keine Verhöhrigung des bürgerlichen Rechtes statt. Dagegen wurde unterschieden, ob die Schädigung im Felde oder in der Heimat vorgekommen ist. Die in der Heimat Verletzten bezog, deren Hinterbliebene wurden schlechter entschädigt, wie die Hinterbliebenen der im Felde Verletzten. Die Kinderzulagen waren völlig unzureichend und wurden noch oben bei fünf und mehr Kindern gestoppt. Es bestand kein Rechtsanspruch auf Heilbehandlung; das Verfahren war ein äußerst bürokratisches und erfolgte ohne Mitwirkung der Betroffenen. Alle diese und andere Mängel wurden durch das neue Gesetz beseitigt und die Leistungen ganz bedeutend erhöht.

Nicht unter das Gesetz fallen die Opfer des Krieges, soweit es sich um internierte, nicht wehrfähige Auslandsdeutsche, um die Opfer von Fliegergefangenen und der Fliegengesangenschaft, wie der Russenfürst handelt. Für diese Kreise wird der neue Reichstag in Anhins an das wehrhafte Reichsversorgungsgesetz eine besondere gesetzliche Regelung treffen.

Dienstbeschädigung ist jede gesundheitsschädigende Einwirkung, die durch militärische Dienstverrichtungen oder durch einen während der Ausübung des Militärdienstes entstandene Unfall oder durch die dem Militärdienst eigenständlichen Verhältnisse herbeigeführt worden ist. Zur Anwendung einer Gesundheitsförderung als Folge einer Dienstbeschädigung genügt Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs. Auch die im Kriegsgefangenschaft geretteten und dort verunglückten Personenkreise fallen unter das Gesetz.

Die Versorgung umfaßt Heilbehandlung, Krankengeld und Haushaltsgeld, soziale Fürsorge, Renten- und Pflegezulage, Beamtenzulage, Sterbegeld und Gebühren für das Sterbevierteljahr und Hinterbliebenenrente. Die Heilbehandlung wurde entsprechend Anträgen der Zentrumspartei Andre und der Frau Tusch ausgebaut. Bei Krankheiten, die Kosten der Dienstbeschädigungen sind, wird Krankengeld aber die Abwesenheit Unterhaltungszahl hinaus gewährt. Zur Durchführung von Operationen, die einen erheblichen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit bedeuten, kann der Beschädigte nicht gezwungen werden. (Antrag Andre.) Kriegsblinde bekommen zum Unterhalt des Hundes in den Ortsklassen A jährlich 300 M. B und C 240 M., D und E 180 M. (Antrag Andre und Genossen.) Auch Sieche und sonstige Schwerbeschädigte, deren Erwerbsunfähigkeit nicht mehr hergestellt werden kann, haben Anspruch auf Heilbehandlung, wenn deren körperliches Wohlbeinden erleichtert werden kann. (Antrag Andre und Genossen.)

Die soziale Fürsorge erstreckt sich auf die Berufsausbildung der Kriegsbeschädigten, denen hierauf ein Rechtsanspruch eingeräumt wird. Auch verwitwete Kriegsfrauen können eine Berufsausbildung erhalten. Die Fürsorgestellen der Kriegshinterbliebenenfürsorge haben ihnen bei der Berufsausbildung und bei der Unterbringung im Erwerbslosen beizutragen.

Die §§ 24–30 handeln von der Rentenrechnung für Kriegsbeschädigte. Auf Grund eines Antrages Andre, Dr. Puppe sind die Schwerbeschädigtenzulagen zu den Rentenrenten wesentlich erhöht worden. Die Grundrente selbst beträgt bei 20 Prozent Erwerbsbeschränkung 480 M. und steigt bei voller Erwerbsunfähigkeit auf 2400 M. Die Schwerbeschädigtenzulage wurde erhöht auf 150 M. bei 50 Prozent Erwerbsbeschränkung und sie steigt auf 900 M. bei voller Erwerbsunfähigkeit. Zu diesen Renten tritt hinzu die Ausgleichszulage, bei Schwerbeschädigten auch die Pflegezulage, bei allen die Kinderzulage, die Ortszulage und die Teuerungszulage.

Der § 28, der von der Ausgleichszulage handelt, erhält durch einen Antrag Andre und Frau Tusch (Zentrum) eine wesentliche Verbesserung dadurch, daß dieselbe auch auf die früheren aktiven Offiziere der Wehrmacht ausgedehnt werden darf. Ohne diesen Antrag wären die aktiven Offiziere des alten Heeres schlechter gestellt gewesen, wie die übrigen Erwerbsbeschädigten. Auch bei den Übergangsbestimmungen Art. 91 bis 99 hat der Abg. Andre Anträge zu Gunsten der Offiziere gestellt, und zwar der aktiven wie der Reserveoffiziere, die jedoch dadurch nicht zur Anerkennung gelangt sind, weil bei den entscheidenden Abstimmungen im Ausschuss die Deutschenationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei überhaupt nicht vertreten waren. Nachher kam die Demokratische Partei, die zunächst für den Antrag Andre gestimmt hatte, um und stimmte mit den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen im Plenum der Nationalversammlung gegen die Anträge Andre und Genossen. Die Offiziere haben sich also bei diesen Parteien zu „verbünden“, daß sie mit ihren berechtigten Wünschen nicht zum Durchbruch gekommen sind. Das Zentrum hat auch hier verlust. Eine gesunde Ausgleich zu schaffen. Die Renten selbst sind derart, daß einschließlich aller Zulagen ein lobiger gelernter Arbeiter bei 50 Prozentiger Erwerbsbeschädigung 2849 M. erhält, ist er verheiratet und hat ein Kind, so erhält er 3134 M. bei vier Kindern 3889 M. Ein Mann, der beide Ämter verloren hat, erhält mit einfacher Ausgleichszulage als Verlierer 7711 M., als Verheirateter mit einem Kind 8408 M., als Vater mit vier Kindern 10 499 M. Handelt es sich um einen hochqualifi-

zierten Arbeiter oder um einen Kriegsbeschädigten, bei dem der Verlust erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert, so kommt die Verbesserung der doppelten Ausgleichszulage in Frage, und es erhöhen sich diese Zölle dann bei einem Verlust beider Ämter auf 9114 M., bei einem Verheirateten mit einem Kind auf 10 096 M. und bei einem Verheirateten mit vier Kindern 12 445 M. Siehe Kriegsbeschädigte oder solche, die dauernd ans Krankenlager gehoben sind, fremder Wartung und Pflege bedürfen, erhalten eine erhöhte Pflegezulage. Diese wird derartig, daß der Mann mit vier Kindern dann 13 195 M. erhält. Durch Anträge der Abg. Andre und Genossen (Zentrum) ist die Ortszulage entsprechend den tatsächlich bestehenden Teuerungsverhältnissen ausgebaut worden. Desgleichen die Pflegezulage. Die Erhöhung der Schwerbeschädigtenzulagen, der Ausbau der Ortszulage und der Pflegezulage bedingen nun, daß auch die Renten für die Kriegshinterbliebenen eine wesentliche Erhöhung erfahren haben. Ebenso ist durch einen Antrag der Abg. Andre und Puppe das Sterbegeld wesentlich erhöht worden. Daselbe betrifft jetzt in der Ortsklasse A 400 M., in den Ortsklassen B und C 330 M., in der Ortsklasse D 300 M. und in der Ortsklasse E 250 M. Zu allen Rentenbeträgen und allen finanziellen Leistungen des Gesetzes kommt noch der Teuerungszuflug von 25 Prozent. Die Teuerungszulage ist der einzige bewegliche Faktor. Sie kann erhöht oder evenen, auch verkürzt oder beseitigt werden.

Die Hinterbliebenenversorgung hat durch Anträge der Abg. Andre und Tusch (Zentrum) ebenfalls wesentliche Verbesserungen erfahren. Hinterbliebenenrente wird gewährt, wenn der Tod die Folge einer Dienstbeschädigung ist. Es werden gewährt Witwen-, Waisen- und Elternrente. Die Witwe erhält 30 vom Hundert der Vollrente, bis dem Verstorbenen im Falle der Erwerbsunfähigkeit bei Lebzeiten zustehen würde. Die Witwe erhält 50 vom Hundert, solange sie erwerbsunfähig oder wegen der Pflege und Erziehung von Kindern nicht in der Lage ist, ihrem Erwerb nachzugehen zu können. Die Witwe „und Erziehung“ sind durch einen Antrag Andre Tusch in das Gesetz aufgenommen worden. Dieser Antrag bedeutet eine ganz erhebliche Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung. Weiter gilt die Witwe mit der Erreichung des 50. Lebensjahres schon als voll erwerbsunfähig. Die Waisenrente beträgt für jedes Kind, dessen Mutter noch lebt, 15 vom Hundert und für jede Vollwaise 25 Prozent der Vollrente des Verstorbenen. Eine Kriegsverwundete in der niedrigsten Ortsklasse mit einem Kind erhält bei einer Ausgleichszulage des Verstorbenen Mannes 2320 M., in der Ortsklasse A aber 3113 M. Mit zwei Waisen bei doppelter Ausgleichszulage erhält die Witwe im kleinste Dorf 3712 M. in der Ortsklasse A aber 5113 M. Die erwerbsunfähige Witwe erhält doppelt 20 Prozent dieser Beigabe weiter. Der erwerbsunfähigen ist aber die Witwe gleichgestellt, die sich der Pflege und Erziehung ihrer Kinder zu widmet hat. Sehr umstritten war noch der Art. 93 des Gesetzes, der eine Kürzung der Renten bei bestimmten Einkommenshöhen vorsieht. Auch hier hat das Zentrum wesentliche Verbesserungsvorschläge gestellt. So wurde beantragt:

1. Bei Verhinderung des steuerlichigen Jahresinkommens des Beschädigten bleibt das Arbeitseinkommen der Ehefrau außer Acht.

2. Beträgt ein Gehalt der Ehefrau mehr als 200 M. so ruht an Stelle ihres Gehalts noch der Beitrag von 800 M.

3. Die Versorgungsgebühr ist wieder bei der Frage des Arbeitseinkommens das steuerlichverpflichtige Jahresinkommen zu stellen.

4. Die Reichsregierung wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstags in Fällen einer Erhöhung der Teuerungszulage zur Annahme der Veränderung an die allgemeine Wirtschaftsklasse die Grenze des einkommensteuerpflichtigen Jahresinkommens § 23 zu erhöhen.

Durch die Anträge sind dem plakativen Art. 93 die Risse ausgezogen worden. Die Frau Abg. Tusch brachte noch einen Verbesserungsvorschlag ein, daß wenn das Einkommen verpflichtige Jahresinkommen aus dem Arbeitseinkommen der Witwe und Waisen unter 10 000 M. beträgt, die Waisenrente ungefähr zu gewährt wird. Auf weitere Einzelheiten des Gesetzes kann hier nicht näher eingegangen werden. Das Zentrum kann von sich sagen, daß es keine andere Partei erfolgreich am Auslandekommen des Menschen mitgearbeitet hat. Viele ähnliche Anträge, die vom Zentrum gestellt worden sind, haben Annahme gefunden. Während die Parteien der äußersten Rechten und äußersten Linken nur wenige Anträge gestellt haben, sofern und soweit diese Parteien überhaupt die Wahrnehmung haben, in Aussicht gestellt zu sein, hat das Zentrum das neue Gesetz praktisch schaffen helfen.

Die Zentrumspartei darf deshalb erwarten, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im bevorstehenden Wahlkampf geschlossen zum Zentrum stehen. Die Partei hat ihr Möglichstes getan. Wegen nun auch die Kriegsbeschädigten ihre Pflicht bei den Wahlen erfüllen. Zentrum sei die Partei.

Große Kundgebung der Leipziger Zentrumspartei "Für Volk und Vaterland"

Leipzig, 1. Juni.

"Für Volk und Vaterland!" Das war der Wahlspruch eines der Säulen des deutschen Zentrums. "Wohl Freiheit, — ein Verhältnis an die Partei, deren Dealen sein ganzes parlamentarischs Wirken und Schaffen galt. In diesem Geiste rief die Leipziger Ortsgruppe der Zentrumspartei ihre Anhänger und Freunde zu der zweiten großen Zentrumswählerversammlung. Das Leipziger Zentrum marschierte. Und es ist zum gut so. Das sächsische Landhaus war bis auf die Galerie gefüllt. Sie alle waren gesetzt dem Rufe der Ortsgruppe: "Feste Parole für Montag den 30. Mai muß sächsisches Landhaus sein." Wie der schöne Maienstag, nicht die Konkurrenzverhandlungen der "Deutschen Volkspartei" vermochten, sie abzuhalten.

Der erste Redner des Abends Herr Kaufmann Giedmann Leipzig, verbrachte sich über das Thema: "Was fordern wir vom neuen Reichstag? ...". Einleitend rief er die Frage auf: "Können wir beim Wiederaufbau dort anfangen, wo wir am 1. August 1914 aufgehört haben?" Sie muß vereinigt werden. Eine Langzeit stellt die deutsche Friedenswirtschaft nicht dar — es sei nur an die Wohnungsknot, die ungünstigen Gewerbeverhältnisse, die Frauenarbeit (1907 wurden nicht weniger als 8 Millionen Frauen beschäftigt), erinnert. Die Macht entschied mehr als das Recht. Das Charakteristikum der Friedenswirtschaft war die Macht des Kapitals. Sie war das Ergebnis von der Auseinandersetzung der Arbeiterschaft als Partei des Arbeiters als Produktionsmittel. Der Preis wie der Preis müssen in einem richtigen Verhältnis zur Leistung stehen. Der gloriosen Friedenswirtschaft folgte infolge des Weltkrieges Jahre des Auswandschaffens, die die Überzeugung des militärischen Krieges auf das bürgerliche Leben bedeutete. Sie wurde abgelöst durch die Planwirtschaft, die zu einer planlosen Wirtschaft geworden ist und einen Raupreis schlimmster Art unterlag. Das Alpha und Omega unseres ganzen Glusses ist die Valutawährung. Sie seit einiger Zeit fühlbare Befreiung der Valutawährung ist plötzlich ein, daß sie auf notorische Gründe hätte zugeschüttet werden können. Die Ursache lag lediglich in einem spekulativen Mandat Amerikas! Die Valutawährung muß auf ein festes Rieden gelegt werden, wobei wir internationale Abmachungen nicht entbehren können. Die geforderte Befreiung der Valutawährung und die dadurch bedingte Befreiung unserer Wirtschaft hängen allein davon ab, daß wir das Vertrauen des Landes gewinnen, wieder eine Rechts-, noch eine Plakatmehrheit verhindern und dieses Vertrauen zu bringen. Später kommt und mehr Arbeit ist das Gebot der Stunde. Degen Endes ist die Frage der wirtschaftlichen Wiederaufbau eine Frage der Moral. — Das bestrebt sich das Regime des Staates, das kein Instrument des Klassenkampfes, sondern das regelnde Prinzip nach der ausgleichende soziale Gerechtigkeit sein. Es kann den kleinen sozialen Arbeitgeber und Arbeiter bringen, wenn beide Teile mit Vertrauen einander entsprechendem. Unsere Aussicht vom Tributaregiment verheiße eine vollständige Sozialisierung. Sie ist nur dort geboten, wo die Privatwirtschaft die Mittel nicht anzuwenden vermag, oder wo ungünstige Monopolbildung verhindert werden muß. Wir verlangen, daß dieser Einschluß nicht unnötig ausstösst der Unternehmensinitiative, ebenso wenig durch Eingreisen in die Eigentumsrechte erfolgt. — Nun Wiederaufbau unseres Vaterlandes bedarf es vor allem der Sozialisierung der Gesinnung, die allein vom Christentum ausgehen kann. Sie muss schon bei der Jugend eingeschult werden. Die Schule. Mit dem Appell, am 1. Juni der Zentrumspartei durch Abgabe ihrer Stimme das Vertrauensthema auszusprechen, schlägt der Redner seine inerlässlichen Ausführungen. Am Aufstuhl sprach die auf der Seite der sächsischen Zentrumspartei aufgestellte Kandidatin Schulein. St. Matthes der Zentrumspartei das Wort, wobei sie hauptsächlich der Zentrumspartei als Mittelpunktspartei gedachte.

In letzter Stunde!

Dresden, am 2. Juni 1920

(Von einem Elternratsmitglied)

Seit den Novembertagen 1918 steht in unserem engen Vaterlande der Kampf um die christliche Schule. In den einen Schulgemeinde haben die Gegner zu ihrer Befreiung heftiger angefeindet als in der anderen. In den sächsischen Großstädten — außer Bautzen i. B. — ist die Erhaltung der katholischen Volksschulen infolge des energetischen Widerstandes der katholischen Schulwirklunde und der hinter ihnen stehenden Lehrer- und Elternschaft, leichter vertreten durch die von ihr gewohnten Elternräte, als zum Erfolg des Reichschulgesetzes gestrichen. Doch die katholischen Volksschulen zum größten Teil vom 1. April 1920 ab in die Verwaltung der politischen Gemeinde übergehen, was nicht aufzuhalten. Nach Einführung der Reichsidentitätssteuer ist keine Möglichkeit mehr vorhanden, eine besondere katholische Schulanlage zu erhalten. Außerdem verneigt die Staatsregierung vom Beginn des neuen Schuljahres ab die Zahlung der staatlichen Zuflüsse für die katholischen Volksschulen an die bisherigen katholischen Minderheitsschulgemeinden. Ohne diese ist aber ein Durchhalten der katholischen Volksschulen in eigener Verwaltung nicht möglich. Nach allem mußten die katholischen Schulvorstände, wenn auch schweren Herzens, in Verhandlungen mit den politischen Gemeinden wegen Übernahme der katholischen Volksschulen in ihre Verwaltung eintreten. Bei uns in Dresden haben die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 8. Mai 6. J. einen Vertrag über die Vereinigung der katholischen Volksschulen mit der Schulgemeinde Dresden zugestimmt, dessen §§ 7 und 8 folgenden Wortlaut haben:

§ 7. Die konfessionellen Schulen der katholischen Minderheitsschulgemeinde Dresden bleiben über den 1. April 1920 hinaus bis zum Erlass des in Artikel 146 und Artikel 174 des Reichsverfassung erwähnten Reichschulgesetzes der daraufhin zu erlassenden Landesschulgesetze und deren Durchführung, insbesondere der etwa daraus zu erfolgenden Zustimmung der Erziehungsberechtigten, erhalten.

§ 8. Der katholischen Minderheitsschulgemeinde wird die Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer Schulen unter den bisherigen Lebensbedingungen auf die Vertragshauer geschafft. Insbesondere wird die Erhaltung des konfessionellen Charakters ihrer Schulen in vollem Umfang in der katholischen Schule zum Ausdruck bringen. Um 6. Juni werden nicht nur die Erziehungsberechtigten der katholischen Schulen besuchende Kinder, sondern auch 20 Jahre alten, wahlberechtigten deutschen Frauen und Männern zu entscheiden haben, in welchem Sinne das angekündigte Reichschulgesetz verabschiedet werden wird. In dem sie entweder ihre Stimme einem auf katholischem Boden stehenden oder etwa einem religiösen katholischen Mann oder Frau geben. Die katholische Volkspartei — Zentrum — liegt in ihrem Aufrufe zu den Reichswahlwahlen unter anderem folgendes:

Die allgemeine Bedeutung müssen wir dem vom nächsten Reichstag zu schaffenden neuen Reichschulgesetze bei. Von seiner Fassung wird die Zukunft der Schule im gesamten Deutschen Reich in etlicher Weise abhängen. Wir erwarten, daß alle Anhänger einer christlichen Volksschule diesen Gesichtspunkt bei den Wahlen nicht aus dem Auge verlieren. An der Reichstagswahl des Zentrums soll es nicht fehlen. Wir werden uns mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die verfassungsmäßigen Rechte auf eine christliche Schule den Eltern nicht geschmälernd werden. Wir werden und jeder, die christliche Erziehung beachtigend, den Auslegung des Schulkompromisses mit allen Mitteln entgegenstehen. Auch in Bautzen wird es freudig zusammenstehen aller religiösen Kreise, gleich welcher Konfession, bedürfen, um Anträge von religiösen katholischen Seiten auf unsere christliche Volksschule abzuweichen.

Hieraus ergibt sich, daß der konfessionelle Charakter unserer katholischen Volksschulen bis zum Erlass des Reichschulgesetzes von der politischen Gemeinde aufrechterhalten werden muß. Dies ist aber nur eine Galgenfrage. Der am 6. Juni von dem deutschen Volke zu wählende Reichstag wird das angekündigte Reichschulgesetz

auch die Frauen könnten mit der Tätigkeit der Nationalversammlung zufrieden sein, darum werbet für die Zentrumspartei. Sie schützt unsere Sitten und verteidigt unser Religion.

Heraus heißt es der Reichsrecht und hochgeehrte Chefredakteur unserer "Sächsischen Volkszeitung", Herr P. Schlelein-Dresden, kürzlich begrüßt, das Rednerpult, um in fast einstündigem Vortrage, aus der Fülle seines reichen politischen Wissens hervorzuheben, das Themat. Das Zentrum hat auch in Sachsen die Mission zu erfüllen, in die breiten Volkmassen die christlichen Ideen hineinzutragen. Es ist heute „die nationale Partei Deutschlands“. Wie in Vergangenheit das Zentrum Kulturfaktor gewesen ist, so wird es auch in Zukunft sein, ganz im Gegensatz zu den Rechtsparteien, die in der Zeit nationaler Begeisterung den Kulturfaktor heraufgehoben, in der Zeit der größten Not des Vaterlandes den Lebensraum, den Haushalt, verwirkt, die bewußt die Katholiken vor der Marke in leidenden Stellen zurückgehalten haben. Nicht der 9. November 1918 ist der Zeitpunkt der Umwälzung. Sie verzerrt vielmehr in dem schrankenlohen Imperialismus der letzten Jahrzehnte. Am Dreißigsten Wahlrecht ist das deutsche monarchische Staatsrecht verschleppt. Windhirsch auf nach einer Verbesserung des Wahlrechtes wird nicht gehör. Bis Oktober 1918 kammen sich die Preußen an das Dreiklassenwahlrecht fest. Die Oberschicht des Kaiserreichs von 1917 wurde fakturiert. Die Demokratisierung hätte auch unter autoritärer Spalte, unter einer Monarchie, erfolgen können. Auch in kultureller Hinsicht hat das Zentrum an seinem Programm festgehalten. Es hat die christlichen Kulturgüter gerettet. Die Kirche ist in der Reichsverfassung geschützt verankert worden. Und haben wir heute noch evangelische und katholische Schulen so gebührt allein der Dank dem Zentrum. Das Zentrum konnte sich am 13. März nicht wie Herr Stechmann, auf den Boden der „neuen Sachsen“ stellen, sondern allein auf den Boden der vom Volke gewählten Nationalversammlung. — Unsere Bedeutung in Sachsen liegt darin, daß wir im Norden eine starke sächsische Zentrumspartei haben. Wir müssen unsere Ideen in die Reihen des Volkes hineintragen. Das Tun nach Höherem, das jetzt fähbar ist, müssen wir ausüben, nicht im Sinne geschätzter Anstrengungen, sondern im Sinne unserer Ideen mit ihren Gütekriterien. Wir lassen unter Battenberg in der Zeit der höchsten Not nicht im Stich. Wir wollen national wieder durch die Tat, gegen dem Vorsprungsort Oberholz: „Für Volk und Vaterland!“ Im reichsten Fall zeigt sich die Dankschrift der Bevölkerungsfreude für die ausgesetzten gehabteten Worte. — Die auf der Tagvorbericht angesehene Debatte erbrachte ich — der beste Beweis dafür, daß sie alle über die Lage und die Ziele der Zentrumspartei einig waren. Ein Nachtrag für den 6. Juni!

Ich aber möchte schließen mit den Worten, die Graf von Hartling in seinem "Memorandum" niedergeschrieben hat: In dem Kampf unserer Tage erfüllen wir eine hohe und heile Vergeltung, versteckt von einer zwar lieben, aber tödlichen Söhne; am Ende deselben aber deinetzt sich ein unabsehbar gewaltiges Heer aus, ausgerüstet mit allen Mitteln, bereit von härchtem Eifer und hemmlos, die Feinde zu töten. Bald ist es offene Gewalt, die sie anwenden, bald heimliche List; bald suchen sie die Wölfe zu erschlemen, bald Verrat in die Reihen derVerteidiger zu tragen; bald ihnen die Ruhstätte abzunehmen. Aber die Verfolgung steht fest und wantt sich. Sie ist geschart mit einem Banner, und auf dem Banner steht gefährlich: „Gewaltsam für die Wahrheit!“ Noch hält sie es fest und lädt es weiter im Winde flattern. Und nun wollen wir mit einem Male die Wölfe verlosen? Wir wollen nicht vielmehr alle unsere Hände an jenes Banner legen? Nein, nein! Denn wenn auch alle unsere Hoffnung schwand, es bleibt die Pflicht und diese Pflicht, wir werden sie, wir müssen sie erfüllen.“ th. Döpitz

schulgesetz zu verabschieden haben. Es soll sogar eines seiner ersten Taten werden. Beim Lesen dieses Textes wird wohl in jedem die Frage auftauchen, in welchem Sinne wird das Reichschulgesetz ausfallen? Darauf gibt es nur eine Antwort. Die Fassung des zu erwartenden Reichschulgesetzes wird einzeln und allein davon abhängen, in welcher Söhne die für Erhaltung der konfessionellen Schule eintretenden Volkswirte in den Reichstag einzehen werden. Da der verfassunggebenden Nationalversammlung hat sich die Zentrumspartei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür eingesetzt, daß in der Reichsverfassung die Verabschaffung des Willens der Erziehungsberechtigten bei Gestaltung der Schule verankert wurde. Bis jetzt haben die Erziehungsberechtigten der katholischen Volksschulen durch den Mund der von ihnen gewohnten Literatur dem christlichen Grundlage gemäß ihren Willen für Erhaltung der konfessionellen Schule eindrücken lassen. Es sei hier nur an die Kircherversammlung der ersten katholischen Volksschule, Urne Straße 1, am 20. Mai 6. J. erinnert, in welcher die Erziehungsberechtigten einsinnig dem katholischen Schulselbststand ihres Dorfes für die Erhaltung des konfessionellen Charakters der Schule zum Ausdruck brachten. Am 6. Juni werden aber nicht nur die Erziehungsberechtigten der katholischen Schulen besuchende Kinder, sondern auch 20 Jahre alten, wahlberechtigten deutschen Frauen und Männern zu entscheiden haben, in welchem Sinne das angekündigte Reichschulgesetz verabschiedet werden wird. In dem sie entweder ihre Stimme einem auf katholischem Boden stehenden oder etwa einem religiösen katholischen Mann oder Frau geben. Die katholische Volkspartei — Zentrum — liegt in ihrem Aufrufe zu den Reichswahlwahlen unter anderem folgendes:

Die allgemeine Bedeutung müssen wir dem vom nächsten Reichstag zu schaffenden neuen Reichschulgesetze bei. Von seiner Fassung wird die Zukunft der Schule im gesamten Deutschen Reich in etlicher Weise abhängen. Wir erwarten, daß alle Anhänger einer christlichen Volksschule diesen Gesichtspunkt bei den Wahlen nicht aus dem Auge verlieren. An der Reichstagswahl des Zentrums soll es nicht fehlen. Wir werden uns mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die verfassungsmäßigen Rechte auf eine christliche Schule den Eltern nicht geschmälernd werden. Wir werden und jeder, die christliche Erziehung beachtigend, den Auslegung des Schulkompromises mit allen Mitteln entgegenstehen. Auch in Bautzen wird es freudig zusammenstehen aller religiösen Kreise, gleich welcher Konfession, bedürfen, um Anträge von religiösen katholischen Seiten auf unsere christliche Volksschule abzuweichen.

Im Interesse der christlichen Erziehung unserer Kinder kann noch für alle christlichen, wahlberechtigten Männer und Frauen, Junglinge und Jungfrauen, am 6. Juni nur die Befragung maßgebend sein. Ihre Stimme dem Kandidaten der katholischen Volkspartei — Zentrum — mit dem Spaltenkandidaten

Herrn Universitätsprofessor Dr. Jacob Stieber in Leipzig zu geben. Weiters wird in der öffentlichen Wahlversammlung am Donnerstag, den 8. Juni im Kegelerheim, Friedrichstraße 12, in welcher Herr Regierungsrat Dr. Süßler sprechen wird, zu erfahren sein.

Die Wahlbewegung Jede Zentrumswahlstimme zählt!

Wie uns mitgeteilt wird, erklärte am Sonntag den 30. Mai in Wechselburg in einer Versammlung des katholischen Kathos Herr Graf von Schönburg-Glauchau, es wäre bei der Reichswahl in Sachsen nicht auf die Zentrumswahlstimmen an, man solle einen Deutschen wählen. Wir bedauern aufrichtig, daß der Herr Graf von Schönburg-Glauchau, der allerdings seit bereits mehr als Jahresfeiertag Mitglied der Deutschen Nationalen Partei ist, sich an den Versprechungen beteiligt, durchtreibende Behauptungen bewirkt in das Zentrumslager zu tragen. Wir waren schon wiederholt gesagt, auf den Wahlgewindest der Deutschen Nationalen Partei bezeichneten sie einer Vertragsabsicht, die Wechselburger Wähler der Zentrumspartei sich nicht abhalten lassen würden, die Zentrumswahlstimme zu wählen. Zwischen ist in allen drei Wahlkreisen Sachsen von den Wahlkreisleitern in den amtlichen Organen unter dem 29. Mai 1920 veröffentlicht worden, ebenso daß die Zentrumswahlstimme in den Papierkorb wandern würden. Wir betonen nochmals, daß das unwahr ist. Es ist weiter sehr bedauerlich, daß der Herr Graf eine Versammlung des katholischen Kathos bezeichnete zur Weiterverbreitung dieser deutschnationalen Propaganda. Es ist ihm allerdings sofort aus der Versammlung heraus erklärt worden, daß es auf jede Zentrumswahlstimme ankommt und daß die Wechselburger Wähler der Zentrumspartei sich nicht abhalten lassen würden, die Zentrumswahlstimme zu wählen. Zwischen ist in allen drei Wahlkreisen Sachsen von den Wahlkreisleitern in den amtlichen Organen unter dem 29. Mai 1920 veröffentlicht worden, ebenso daß die Kreiswahlwahlschlüsse der Zentrumspartei (Vize-Schieder-Giesch) in den Wahlkreisen 81 Dresden-Bautzen, 82 Leipzig und 83 Chemnitz-Glauchau mit einander verbunden sind, zweitens, daß für die in den drei sächsischen Wahlkreisen zugelassenen Kreiswahlwahlschlüsse der Zentrumspartei erklärt worden ist, daß ihre Wahlstimmen dem entsprechenden Reichswahlvorlage Nr. 2, Kandidat Peter Spahn, Zentrum, zugutekommen sind. Damit sind auch alle Formalitäten erfüllt, welche das neue Reichswahlrecht in dieser Hinsicht vorschreibt. Zentrumswähler, lasst euch nicht irremachen, weder von dem Organ des Bundes der Handwerke, noch vom bewohnten Amtsrichter aus Bautzen, noch vom Herrn Grafen von Schönburg-Glauchau in Wechselburg. Wer die Behauptung aussetzt, die Zentrumswahlstimmen würden nicht zählen, der hat vom neuen Reichstag keine Ahnung. Zentrumswähler, lasst nicht auf den deutschnationalen Stimmengang herein. Eine einzige Zentrumswahlstimme in Sachsen kann den Ausdruck geben, ob ein Abgeordneter mehr von Seiten des Zentrums in den Reichstag hineinkommt, kann infolgedessen die Stärke der Zentrumspartei beeinflussen und damit sogar auf die Bildung des Reichskabinetts (Anzahl der Zentrumswahlstimmen) Einfluß gewinnen. Was das bedeutet, braucht heute nicht näher dargelegt zu werden. Kurzum, jede Zentrumswahlstimme zählt. Wählt daher reiflos die Zentrumspartei Stieber-Giesch.

Zentrumswähler Dresden!

Besucht die beiden letzten Versammlungen vor der Wahl Donnerstag, den 8. Juni abends 1/2 Uhr im Kegelerheim, Friedrichstraße 12 und Freitag, den 4. Juni abends 8 Uhr im Reichiger Hof, Reichigerstraße 70.

Gehaltet die Versammlungen zu großen Zentrumskundgebungen.

Dresden-Ost. Die gestrige Helferversammlung nahm das 8. Flugblatt in Empfang. Der Aufmarsch an den Wahllokalen ist ersterster Weise auch vollzogen. Bei der Größe des Bezirk Ost befindet noch einige Helfer und Helferinnen. Jedes Dorf muss voll besetzt sein. Wer hilft noch am Sonntag Stimmzettel verteilen? Meldung bei Ackermann, Oskarplatz 21, oder Saarckam, Wittenbergerstraße 45 p. Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die Wahlversammlung des Zentrums am 4. Juni im Reichiger Hof, Reichigerstraße 70, abends 8 Uhr, hingewiesen. Kein politischer Christ darf fehlen. Es gibt nur eine christliche Partei. Darum wählt bitte Dr. Stieber!

Leipzig-Reudnitz. Freitag, den 4. Juni abends 8 Uhr im Vinzentiusstift große öffentliche Versammlung. Herr Redakteur Schneider wird über „Arbeitnehmer und Zentrum“ sprechen. Schreibt in Massen. (Siehe Anzeige.)

Leipzig-West. In der großen öffentlichen Wählersversammlung in Bölkau, "Deutsches Haus" (Markt), spricht am Sonnabend, den 5. Juni abends 1/2 Uhr, Herr Sandow am Wedelhaus über „Die Grundidee und Weltstellung des Zentrums“. (Siehe Anzeige.)

Schnell. Die erst täglich ins Leben gerufene Ortsgruppe Schnell, die schon eine große Anzahl Mitglieder angehört, veranstaltet am Sonnabend den 5. Juni, abends 8 Uhr im Hotel "Wettin" eine öffentliche Werbeversammlung. Es werden sprechen Herr Hauptredakteur Schlelein-Dresden und Frei. und mod. Behnisch-Dresden. (Siehe Anzeige.)

Bautzen. Bautzen, Jung-Zentrum. Freitag, den 4. Juni abends 8 Uhr im Schellenhauses Versammlung.

Döbeln. Sonntag, den 30. J. handelt eine Wahlversammlung für das Zentrum statt, die gleichermaßen gut besucht war. Es wurden nochmals auf genaueste alle in Bautzen Gemeinde Wahlberechtigten festgestellt und Stimmzettel verteilt. In der am 30. J. abends 8 Uhr stattfindenden Frauens und Männerversammlung sollen die letzten Vorbereitungen, besonders bei Helferinnen getroffen werden. Es handelt eine lebhafte Aussprache statt. Mit jüngstem Danke wurde das fröhliche Eintreten für Kirche und Schule anerkannt.

Zentrumswähler!

Stärkt den Wahlfonds eurer Ortsgruppen!

Laßt Sammellisten herumgehen!

Wer es kann, oder wer nicht einer Ortsgruppe angeschlossen ist, darf auch den Wahlfonds der sächsischen Gesamtpartei (Konto der Sächsischen Zentrumspartei, Dresdner Bank, Depositenkasse C in Dresden), nicht vergessen.

Gebt schnell und reichlich!

Stabs-Zentrum-Wahlfonds: Ungeannt 2000,-

Werbet von Haus zu Haus, von Mund zu Mund für die Christliche Volkspartei: Liste Strieder-Ziesch!

Die Konferenz von Spa

Rotterdam, 1. Juni. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die deutsche Regierung das belgische Auswärtige Amt verständigte, daß Deutschland in Spa durch Reichskanzler Miller und den Minister des Auswärtigen Dr. Köster vertreten sein wird. Sie werden begleitet sein von vier Ministerialdirektoren, 18 höheren Beamten und 7 niedrigen Beamten, außerdem von drei Dolmetschern und zehn Maschinenschreiberinnen. Frankreich wird durch Millerand und Barthou, England durch Lloyd George und Lord Curzon vertreten sein. Auf das Verlangen der nationalen Regierung nach einer Vertretung der Konferenz bis zum 7. Juli ist noch kein Bescheid gegeben. Von Deutschland erwartet man einen ablehnenden Bescheid. Die Regierung Englands ist noch nicht bekannt. Die Polen haben versucht, an der Konferenz teilzunehmen, doch auch darüber ist noch keine Entscheidung gefallen. Belgien ist für die Befassung der Polen. Belgien wird durch drei Minister vertreten.

Paris, 1. Juni. Poynard liegt in der Mane des zweitmonds seinen Kampf gegen die Festsetzung einer Haushaltsumme und gegen die Konferenz in Spa weiter fort. Er gibt zwar zu, daß die Haushaltsumme Deutschlands heute niedriger ist, als sie könnte, aber von Tag zu Tag sinkt sie. Daher sei es verkehrt, keine Versammlung zu konzentrieren und jetzt schon eine Summe festzulegen. Die Wiederaufnahmekommission muß die Haushaltsumme Deutschlands vom Jahr zu Jahr genau verfolgen. Poynard ist der Meinung, die Konferenz von Spa sei nichts als ein gefährliches Abenteuer.

Rom, 1. Juni. Die italienische Regierung will vor der Sammlung in Rom ein neues Uferabkommen mit den Alliierten über die Verteilung der deutschen Schadenssumme herstellen, und zwar will Italien von den Alliierten die Auslösung dafür erlangen, daß es nicht als ein Rehnet der Republik, die Deutschland als Schadenssumme zahlt, erhält. Dieser Anteil war ursprünglich festgesetzt, weil Italien der größte Teil der von Österreich und Ungarn zu zahlenden Haushaltsumme zufallen sollte. Italien verlangt jetzt, daß sein Anteil an den deutschen Entschädigungssumme erhöht werde, bis Österreich und Ungarn die Entschädigungssumme zahlen können.

Ein französischer Vizepräsident?

Paris, 1. Juni. "Petit Journal" versichert, daß in hohen polnischen Kreisen die Frage einer Einberufung des Kongresses der Kommerz aufgeworfen worden ist. Dieser Kongress würde eine Verfassungsänderung bewirken und namentlich die Stelle eines Vizepräsidenten zu schaffen haben. Präsident Deschanel wird heute im Elgee einem Minister vorstehen.

Der Streikschaden in Frankreich

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung". Rotterdam, 2. Juni. Aus Paris wird gemeldet, der Eisenbahnerstreik hat einen Verlust einer Einnahme von 22 Millionen Franken verursacht und durch den Bergarbeiterstreik sind 800 000 Rentner Steinlohen weniger befreit, die von Russland einzeln zu werden müssten, so daß 280 Millionen Franken Verlust dadurch entstanden sind.

Krafft bei Lloyd George

Paris, 1. Juni. Lloyd George hat gestern den britischen Delegierten Krafft empfangen. Es war eine rein russisch-englische Konferenz, an der außer Lloyd George auch Bonar Law, Lord Curzon, der Handelsminister und der Unterstaatssekretär des Auswärtigen teilnahmen. Die amtliche englische Mittelung beschränkt sich darauf, zu erklären, daß eine Vorbesprechung über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Russland und Westeuropa stattgefunden habe. Die Beratungen Lloyd Georges mit Krafft bezogen sich im wesentlichen auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Russland und Westeuropa. Es wurden keine politischen Fragen erörtert. Krafft rief besonders auf die großen Mengen von Getreide, Butter, Sein und Petroleum hin, die Russland ausführen könnte. Lloyd George erklärte Krafft, daß er ihm, ehe er bindende Erörterungen beginnen, zwei Bedingungen stellen müsse, die erste ist die Rücksendung aller in Russland befindlichen Gefangenen und die zweite, daß Russland die Aufnahme der Handelsbeziehungen nicht dazu benutzen dürfe, um im Ausland eine antisowjetische Propaganda oder eine politische Propaganda irgendwelcher Art zu betreiben.

Die russisch-polnischen Kämpfe

Berlin, 1. Juni. Von der polnischen Gesandtschaft in Berlin wird berichtet, daß sich die polnische Front behauptet. Sie sei noch in den Händen der Polen, ebenso Minsk.

Stockholm, 1. Juni. Der Wirtschaftskommissar der Sowjetregierung äußerte, daß die Offensive gegen Polen programmatisch bis zum endgültigen Ergebnis durchgeführt würde. Von einem Stillstand könne keine Rede sein. Russland brauche in seinem Wiederaufbau und für seine Zukunft eine direkte Grenze Russland-Deutschland. Zweifellos werde die Sowjetregierung ihr Ziel erreichen.

Die polnischen Truppen in Persien

Rotterdam, 1. Juni. Dem "Nieuwe Cour" zufolge sind in Persien Meldungen eingetroffen, wonach zwei rote russische Regimenter in den armenischen Bezirk von Erivan eingefallen sind. — Englischen Blättern infolge hat die russische Regierung auf ihre Protestnote eine Antwort von der Sowjetregierung erhalten, in der angekündigt wird, daß die polnischen Truppen möglichstens bald aus Persien zurückgezogen werden sollen.

Konstantinopel, 1. Juni. Aus dem Kaukasus wird gemeldet, daß es über Boscha gelungen ist, die Verbindung mit den in Persien operierenden russischen Streitkräften herzustellen.

Abruch der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen?

Berlin, 1. Juni. Die Pariser Presse meldet den Abruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Die Pariser tschechoslowakische Gesandtschaft ist durch Abschluß der aufsitzenden Stelle in Brüssel in den Stand gesetzt worden, zu erklären, daß dort von einem Abruch der Beziehungen zwischen Tschechoslowakei und Polen nichts bekannt ist.

Neuer polnischer Willkür

Danzig, 1. Juni. Dem Oberkommissar von Danzig, Dr. Wagner, der vor einer Woche beauftragt, in Preußisch-Sachsen in Pommerellen in den Fall des verhafteten Dr. Wagner aus Danzig einzutreten, vor einer Untersuchung mit Wagner vom Untersuchungsgericht nicht bewilligt worden. Die Verhandlung sollte in 14 Tagen stattfinden. Man stellt sich, wie die "Brücke" erläutert, doch heraus, daß Dr. Wagner aus Stettin weggebracht werden ist. In Danziger Kreisen erwartet man, daß Verfolgen der polnischen Behörden als eine schwere Verletzung der internationalen Freundschaft und als einen so unerhörten Willkür, daß die Verhandlungen noch einem Einschreiten des Obersten Rates laut seien, wodurch die Interessen des internationalen Volkerbundes geschützt werden. Heute findet eine öffentliche Befreiungsversammlung statt, in der die Befreiung der Behörden sprechen werden.

Der Boykott gegen Ungarn

Amsterdam, 1. Juni. In einer gestern abgehaltenen Versammlung hat der Generalkrat des Internationalen Transportarbeiterverbandes beschlossen, sich am Boykott gegen Ungarn in weitreichendem Maße zu beteiligen. Die Abgeordneten der vertretenen Länder England, Frankreich, Deutschland, Österreich, Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark erklären, daß in ihren Ländern die Transportarbeiter wie ein Mann dem Aufrufe folgen würden, und die nicht direkt vertretenen Länder sollen noch diese Woche einen Aufruf abgeben.

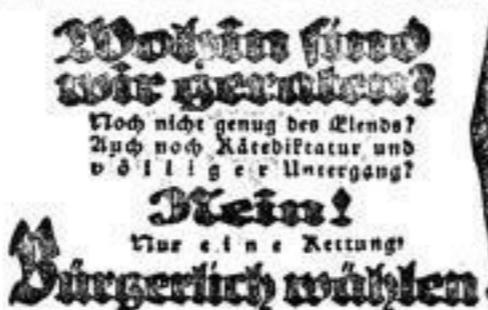
Eine monarchistische Verschwörung in Wien

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung".)

Wien, 2. Juni. Da der kürzlich erfolgten Entdeckung einer Offiziersverschwörung in Wien mit dem Ziele, die Monarchie herabzustellen, wird bemerkt, daß ein gewisser Major Heinrich unter dem Titel "Pro Patria" ein angebliches Interentreibureau unterhält, das schon lange im Betriebe stand, ein reaktionäres Zentrum zu bilden. Bei einer in diesem Bureau vorgenommenen Durchsuchung wurden drei Personen angefahren, von denen sich herausgestellt hat, daß diese bereits Legitimierungen bei sich hatten und bestimmt waren, nach Ungarn abzugehen. Die weitere Untersuchung ergab, daß sich tatsächlich durch Vermittlung dieses Büros "Pro Patria" und unter dem Schutz der ungarischen Regierung, aus österreichischen Offizieren bestehend, bereits eine etwa 1000 Mann starke Garde gebildet hatte, die im Ungarn konzentriert wurde. Zwischen dieser Truppe und dem Bureau "Pro Patria" besteht ein lebhafte Beziehung. Die Personen, die aus Ungarn hin und her gingen, hatten von ungarischen Behörden ausgestellt, rührte auf beide Namen lautende Grenzpapierertheorie. Das Ziel dieser Bewegung war, im Herbst 1920 bei Wien-Neustadt oder weiter südlich in Nord-Steiermark nach Österreich einzudringen. Die Südbahnlinie steht bereit und die Habsburgische Monarchie ausgerungen werden. Verhaftet wurden in Wien sechs Personen, darunter ein Mittelmeier und ein Oberleutnant. Es wurde weiter festgestellt, daß in einer Villa bei Wien-Neustadt ein Waffendepot errichtet war.

Für Anschluß an Deutschland

Wien, 1. Juni. Der österreichische Südtiroler hat eine Untersuchung angenommen, in der schnellste die Anschluß an Deutschland gefordert wird.



Die Kosten der Ententekommissionen

Berlin, 1. Juni. Der "Volksanzeiger" bringt eine Zusammenstellung darüber, was aus den Ententekommissionen kosten. Danach bezog der Generalstab bisher 228 000 Mark, jetzt infolge Erhöhung der Jahresentlastung 312 000 Mark jährlich, ein Präsident der Unterkommission bisher 168 000 Mark, jetzt 252 000 Mark, ein Generalintendant bisher 108 000 Mark, jetzt 252 000 Mark, ein Oberst oder Oberstleutnant bisher 90 000 Mark, jetzt 180 000 Mark, ein Hauptmann und Major bisher 84 000 Mark, jetzt 162 000 Mark, ein Subalternoffizier bisher 78 000 Mark, jetzt 152 000 Mark, ein Unteroffizier bisher 30 000, jetzt 60 300 Mark, und ein Soldat schließlich bisher 24 000 Mark, jetzt 42 300 Mark, also auf deutsche Kosten mehr Geld, als ein deutscher General oder Staatssekretär. Die Jahresbezüge der Kommissionmitglieder stellen lediglich Vergnügungsgelder dar, sie empfangen außerdem noch Quartier und Gehalt. Das Quartier zum Beispiel für General Rosse, allein kostet und jährlich etwa 144 000 Mark. So hoch beziffert sich die Rimmerrechnung des Generals im Hotel Kaiserhof. Wir müssen lediglich für Hotelunterhalte der Deutschen Kommissionstabelle jährlich etwa 14,5 Millionen Mark bezahlen.

Keine Brotpreishöhung in Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung".)

Berlin, 2. Juni. Durch eine Verordnung des Reichsministeriums für Nahrungsmittelwesen wird, wie verlautet, bestimmt, daß die letzte Erhöhung des Brotpreises für Oberschlesien keine Gültigkeit hat. Das Brot wird also dort bedeutend billiger sein, als im übrigen Deutschland, was in Abelicht der besonderen Verhältnisse gerechterlich erscheint. Die Differenz der Herstellungsosten mit dem Verkaufspreis des Brotes wird aus Fleischmitteln bestreiten.

Aushebung eines Waffendepots bei Hannover

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung".)

Hannover, 2. Juni. Auf Veranlassung des Reichskommissars für Hannover, des Oberbürgermeisters Leinert, ist am Montag nachmittag durch die Hannoversche Sicherheitspolizei ein deutsch-hannoverscher Waffendepot in Wölfei bei Hannover ausgeschoben worden. Ein Landwirt der deutsch-hannoverschen Partei hatte im Auftrage der hannoverschen Regierung Gewehr und Munition versteckt gehalten. Die Waffe fand 194 Gewehre, 190 Seitengewehre und 10 000 Stück Munition, die sie beschlagnahmt.

Das Ergebnis der Gothaer Wahlen

Gotha, 1. Juni. Das Ergebnis der Landtagswahlen ist folgendes: Die Deutsche Volkspartei erlangte mit 12 686 Stimmen drei Mandate, die Deutschnationalen Volkspartei mit 4 817 Stimmen ein Mandat, der Bauernbund mit 21 412 Stimmen fünf, die Demokraten mit 7675 Stimmen eins und die Unabhängigen mit 87 809 Stimmen neun Mandate. Die Marxist-Sozialisten, die nur 8925 Stimmen aussprachen, gehen leer aus.

Die Verhandlungen mit den Bankbeamten

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung".)

Berlin, 2. Juni. Die Verhandlungen zwischen dem Vorstand der beiden Bankbeamtenorganisationen haben gestern bis in den späten Abend gedauert. Sie haben folgende Entschließung gefasst: "Die Antwort des Reichsverbandes der Deutschen Bankbeamten wird vom allgemeinen Verband und dem Deutschen Bankbeamtenverein als völlig ungünstig und lediglich als Verschleppungsversuch betrachtet. Die beiden Centralvorstände haben daher einstimmig beschlossen, den Generalstreik zu empfehlen." Es dürfte sich höchst nicht um einen Streik der Berliner Bankangestellten handeln, sondern um einen Generalstreik, von dem sämtlichen Bankangestellten im Reich betroffen werden. Heute findet eine öffentliche Bankbeamtenversammlung statt, in der die Vorstände beider Verbände sprechen werden.

Nachrichten aus Sachsen

Gegen die schwarze Schmach

Ministerpräsident Buck hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in welchem er im Namen des sächsischen Volkes und der länderlichen Regierung der Empfehlung über die den deutschen Frauen und der Ausbildung durch idiosyncratische Vorfälle französischen scheinbaren schändlichen Militärs angelaufene Schmach Ausdruck gegeben hat.

Zweitlich richtet er an die Reichsregierung die Frage, ob in Mainz, Gera, Bleichstädt, Lubitschau, Sonnenberg und in anderen beliebten deutschen Städten von der französischen Belagerungsarmee für die schwarzen Truppen die Verhafung öffentlicher Häuser durch die deutschen Stadtverwaltungen mit der Begründung verlangt worden ist, daß deutsche Frauen, Mädchen und Knaben die Belagerung zu blühen hätten.

Ähnlich wurde von der Reichsregierung Rückfrage darüber erbeten, welche Schritte von ihrerseits Vorkommnissen der geschilderten Art unternommen worden seien, insbesondere durch Berlin überreichte.

"An unsere Leser. In der Freiluftnummer beginnen wir mit dem Abdruck unseres neuen Romans: 'Die sechs Matrosen' von Anna Maria.

Nur Dresden

- Verhinderte Blätterstreik. Wie uns gemeldet wird, stellte der Schiedsausschuss am Dienstag in dem Streit zwischen Blätterstreik und Großfabrikanten eine Entscheidung dahin, daß der Wochenlohn der Gehilfen von 155 Mark auf 210 Mark erhöht werden soll. Die Gehilfen hatten etwas über 210 Mark verlangt. Die Arbeitgeber unterwarfen sich dem Schiedsspruch, während die Genehmigung durch die Gehilfen nur mit weniger Stimmenmehrheit erfolgte.

- Dresden-Alstadt. Marienverein. Unsere Mitglieder werden gebeten am Sonnabendmorgen das Hochamt in der Hollerde (Beginn 14.30 Uhr) zu besuchen und sich vor Schluss desselben mit mitgebrachten Kerzen hinter dem Hauptaltar zu versammeln zur Teilnahme an der Prozession.

- Dresden-Eichholz. Katholischer Verein. Alle Mitglieder unterkreuzten Vereine, alle Freunde der Zeitungsliebe, Männer und Frauen, werden nochmals hingewiesen auf die öffentliche Beteiligungsumfrage in der Goldene Sonne, Dohner Str. 9, Donnerstag, den 8. Juni abends 1/2 Uhr, in der Herr Kaplan Dr. Jakobus über "Sentiment und christliche Weltanschauung" predigt. Werben wir unter Freunden und Bekannten!

Wegen des Gründelichnamstages erscheint die nächste Nummer erst am Freitag zur gewöhnlichen Stunde.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Paul Heilemann; für den Inseratenteil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Eagonia-Buchdruckerei G. m. b. H." zu Dresden.

Sport

Voraussagungen

Hörst Emscher, 8. Juni, nachmittags 3 Uhr: 1. Hufar, Schoss; 2. Altherin, Wildhase; 3. Commando, Stern 11; 4. Altmund; 5. Söldau; 6. Reiter, Hummel; 7. Atlantik, Dorypul; 7. Varma, Ritter.

Karlshorst, 8. Juni, nachmittags 3 Uhr: 1. Ratty, Pecobar; 2. Sieg, Daren; 3. Primavera, Ostmark II; 4. Wolpoly, Helmut; 5. Saboyard, Flieger; 6. Der Gogenante, Warbar; 7. Presto, Minnezatt.

Amtliche Bekanntmachungen

Fleischversorgung in der Stadt Dresden

vom 31. Mai bis mit 6. Juni 1920.

Es erhalten auf die Reichsfleischkarten Reihe „R“ Personen über 6 Jahre auf die Marken 1 bis 10 180 g Kinder bis zu 6 Jahren auf die Marken 1 bis 5 90 g Wiederkäufer, Fleischschweinefleisch und Fleischfleisch vom Kalb mit Knochen.

Der Einheitspreis bei Abgabe an den Verbraucher beträgt 8,80 Pf für das Kind, 8,20 Pf für 180 g und 8,00 Pf für das Kind mit Knöchen.

Ein Aufbruch auf Rationierung einer bestimmten Sorte besteht nicht. Die Fleischer sind jedoch verpflichtet, für eine gleichmäßige Belieferung ihrer Kunden zu sorgen.

Dresden, am 1. Juni 1920.

Der Rat zu Dresden.

Verteilung von Kartoffeln für die Wochen vom 30. Mai bis 5. Juni und 6. bis 12. Juni 1920

Die Abholung der nach der Bekanntmachung vom 26. Mai 1920 auf die Wochen-Kartoffelkarten A und B (Nummer 15 und 16 der Sammelkarte), ausgeschriebenen je 5 Pfund Kartoffeln hat bis spätestens 6. Juni 1920 zu erfolgen. Nichtehrfaltung der Frist hat Verlust des Auftrittes zur Folge.

Dresden, am 1. Juni 1920.

Der Rat zu Dresden.

Sonderverteilung von Kartoffeln

§ 1. Auf Anteil 457 der Lebensmittelstärke 7 Pfund Kartoffeln, das Kind für 50 g.

§ 2. Beleidelslazarett, militärische Genesungsanstalt, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken Bezugsscheine nach dem Satz in § 1. Gaftwirtschaften, Fremdenbetriebe u. dgl. Bezugsscheine nach der Wochenzahl 30. Mai bis 5. Juni 1920.

Für die erwiesene innige Teilnahme beim Heimgange meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, sagen wir allen hierdurch **herzlichen Dank.**

Johanne verw. Schaefers und Tochter.

Dresden, den 1. Juni 1920.

Für die anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Aufmerksamkeiten

danken herzlichst

Lehrer Karl Böhmer und Frau Johanna geb. Lerche.

Radeberg, im Mai 1920.

Für die uns zur Vermählung dargebrachten freundlichen Wünsche und reichen Gaben

danken aufs herzlichste

Lehrer Bruno Hübner und Frau Gertrud geb. Rikl.

Ostritz, im Mai 1920.

Zentrumspartei, Ortsgruppe Leipzig-Reuditz.

Freitag den 4. Juni abends 8 Uhr
im Vinzenz-Stift

Oeffentliche Versammlung.

Redner: Redakteur Schneider über „Arbeitnehmertum und Zentrum“.

Der Vorstand.

Zentrum (Christl. Volkspartei) Leipzig-West.

Sonnabend den 5. Juni abends 1/8 Uhr im „Deutschen Haus“, Lindenau, Markt (kl. Saal)

Oeffentliche Wähler-Versammlung.

Herr cand. cam. Weldehaus-Leipzig wird sprechen über „Die Grundsätze und Leistungen des Zentrums“.

Parteianhänger und -Freunde erscheint vollzählig in dieser Versammlung und sorgt durch unermüdliche Propaganda für einen Massenbesuch!

Der Bezirksvorsteher.

Ortsgruppe Sebnitz

der Sächsischen Zentrumspartei (Christl. Volkspartei).

Sonnabend den 5. Juni abends 8 Uhr
im „Hotel Wettin“

Oeffentliche Versammlung.

Redner:
Fräulein cand. med. Behnisch und Herr Hauptschriftleiter Heßlein.

Christlichgesinnte jeder Konfession sind eingeladen.

Deutschationale Volkspartei

Ortsgruppe Dresden

Waisenhausstraße 29, I. Fernsprecher 22269

Donnerstag den 3. Juni
in „Hammers Hotel“, Striesen,
Augsburger Straße 7

Oeffentliche Wähler-Versammlung

Redner:

Fräulein Ew. Dittrich, Privatangestellte
Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Wittmaack

Beginn der Versammlung abends 1/8 Uhr

— Einlaß 3/7 Uhr —

Nach dem Vortrage:

Freie Aussprache

Zentrumspartei, Ortsgruppe Leipzig.

Parteifreunde! Rüstet zur Wahl! Ihr müßt wählen!

Wer für die Erhaltung des christlichen Geistes im Reiche ist, wenn die Seele seiner Kinder am Herzen liegt, der wähle am **6. Juni**

die Liste Strieder!

Der Vorstand.

Unser Parteibüro befindet sich im „Burgkeller“, Naschmarkt, Zimmer 43. Geschäftszzeit von 1/4 bis 7 Uhr. — Fernsprecher 2044 und 14862.

Linksradikaler Bolschewismus! Rechtsradikaler Nationalismus!

Auf zur Wahl!

Drittes Wahlflugblatt der Sächsischen Zentrumspartei.

Tausend Mk. 38.— einschließlich Verpackung.

Bestellungen sofort an das Parteisekretariat, Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46.

Stimmzettel

für alle drei sächsischen Wahlkreise liefert nur das Parteisekretariat der Sächsischen Zentrumspartei in Dresden. Soweit noch nicht geschehen, wird um umgehende Bestellung der Stimmzettel ersucht.

Galerie Ernst Arnold

Dresden, Schloßstraße 34

Aquarell-Ausstellung Dresdner Künstler

Täglich geöffnet 9—6 Uhr, Sonntag 11—2 Uhr

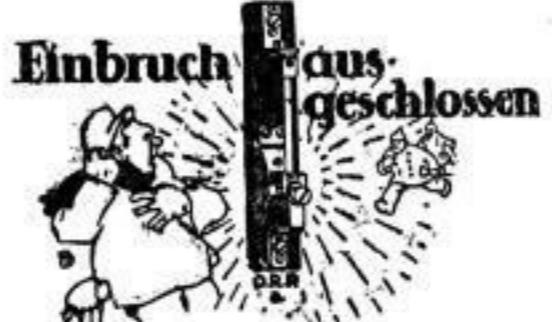
Gelegenheitskauf

für Schmiede und Pferdebesitzer:

Hufeisen, Hufnägel und Eisnägel

empfiehlt jeden Posten zu den billigsten Preisen

Wiemer & Co., G. m. b. H.,
Dresden-A. 1. Fernspr. 17694 u. 17937.



„WICO“

unübertroffen. — Bedarf keiner Pflege!

Konkurrenzlose Preise bei sachgemäßer Ausführung.

Durchschlagende Verbesserung

sämtlicher Alarm-Systeme!

Schützt gegen Einbruch, Diebstahl, Überfall.

Wirkt als Laden-, Tür- und Fensterkontakt usw.

In Referenzen. Kostenloser Ingenieur-Besuch.

Vertreter für auswärts gesucht.

Ing. Gärtner & Gnauck

Elektr. Licht- und Kraft-Anlagen aller Art.

Zweigbüro: Dresden-A.16, Elisenstr. 70.

Drahtanschrift: Gärtner. Fernspr. 17257.

Brennholz

in allen Sorten liefern laufend

Alfred Waerich

G. m. b. H.

Dresden

Eselager: Hindenburgstraße, gegenüber der Jägerkaserne.

Stadtteil: Elisenstraße 70, Erdgeschoss.

Jung-Zentrum Baunzen.

Veranstaltung Freitag, den 4. Juni abends 8 Uhr im Gesellenhaus. (Spielea.)

Junge Dame

in grün-schwarzem Golddrähtchen und Blümje, Sonntag, 8. Mai. Hochamt Hochzeit, Mittelgang, wird von interessiertem Herrn, der mit ihr Kirche verließ, um Lebenszeichen geben. Nachricht erbeten unter „G. A. 143“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nach Dresden.

Junger Mann sucht für Mitte Juni einfaches Zimmer in Nähe der Grenadier-Kaserne, wenn möglich mit Balkon. Off. mit Preis unter „G. A. 144“ an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

In Sommerfrischland

hat Zimmer mit einem oder mehreren Betten zu vermieten. Sehr Kastner, Sebnitz. (Direkt am Walde.)

Schutz-Mäntel

Preisgünstiges Fabrikat



Kleid-Schürzen

Dresdner Beruf-Wäsche-Fabrik

Oscar Biella

Große Brüdergasse 11

Weißenstraße 19-21

Spezialhaus am Platz

Perfumier-Magazin

Maschinisten-Anzüge

Bei Schlaflosigkeit

gegen alle Neurosen des Nervulations- und Zentral-Systems, besonders bei nervöser Überreiztheit durch Überarbeit, epileptischen Krämpfen, hysterischen, nervösen Kopfschmerzen, Herzkrämpfen, Herzbeschwerden, Neurosehnen. Neuralgia nehme man als vollständig unschädliches, prompt wirkendes Mittel

Blitz Brombalanin-Elixier.
Preis Mr. 7.50 die Flasche.
Ber. Grüne Apotheke, Erfurt 209



Das Wahlbüro der Sächsischen Zentrumspartei

(Christl. Volkspartei) Ortsgruppe Dresden

befindet sich ab 25. Mai bis zum 6. Juni

im katholischen Gesellenhaus, Räufferstraße,

und hat seine Geschäftsstunden von 10—6 Uhr

Im Wahlbüro werden alle Wahlausführungen erteilt, Flugblätter abgegeben, Gelder für Wahlfonds angenommen. Mitgliederanträge vorgenommen, ebenso werden von dieser Stelle auch noch Redner vermittelt

Rechtskanzlei Providentia memor

Dresden-A., Tharandter Straße 6, II.

Sprechzeit von 9—4 Uhr Mittwochs für Unbemittelte.

Billigster Rechtsschutz und Beratung.

Beistand in Prozeß- und Strafsachen usw.

Ueberführungen und Beerdigungen

Übernehmen in jeder gewünschten Ausführung auch aus allen Krankenhäusern, Pflegeanstalten, Kliniken und Lazaretten die

Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr

Bautzner Straße 37

Fernspr. 25091.

Ausküsse und Kostenanschläge unentgeltlich!

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 123

Mittwoch, den 2. Juni 1920

19. Jahrg.

Das königliche Fest

Beigedanken zu Fronleichnam.

(Nachdruck verboten.)

Die fröhliche Legende weiß zu berichten, daß im Jahre 1248 die selige Juliane von Kornelimünster bei Lützsch eine wunderbare Erscheinung hatte, von der sie dem Bischof Mitteilung machte. Dieser Erscheinung forderte zu Ehren des Allheiligsten Altarsolennitäts eines besonderen Festtags. Noch im Jahre 1248 wurde das Fronleichnamstag in der Diözese Lützsch eingeholt; 18 Jahre später schreibt Papst Urban IV. den Fronleichnamstag als Hochfest für die ganze Kirche ein. Und seitdem wuchs der Ehrentag der Hochheiligen Eucharistie empor zu einem sieghaften Bekennertag katholischen Gottesdienstes.

Das königliche Fest ist uns der Fronleichnamstag geworden. Wenn Könige auf den Straßen ihrer Völker ziehen, dann wachsen großartungsreiche Triumphbogen gen Himmel; dann blühen tausend duftende Blumen Verehrung der Majestät; Palastnahmen bauschen sich in wochendem Münzhaus des Windes. Wenn der höchste Herrscher aller Gewalten, wenn Gottes heilige Majestät ihrer Doms und Kirchen feierliche Mauern verläßt und in die Straßen des Alltags hinausgleitet, dann reißt sich der Glaube der Christenheit empor in stammendem Aufschwung, dann nimmt die Annahme des Gottesbewußtseins sichtbare Formen an. Über den Gottesdienst der Kirchen drängt am Fronleichnamstag das katholische Bewußtsein hinaus. In feierlichen Märschen ordnen sich die Scharen der Männer, der Frauen, der Kinder. Fronleichnamstag ist Bekennertag, ist Siegesfeier und Erfüllung der Verhöhnung, daß Gott bei seinem Volke geblieben bis ans Ende der Zeiten; Fronleichnamstag ist der Königliche Zug des menschgewordenen Gottes.

Fronleichnamstag ist aber auch das Bekennen zu Weltversöhnung. Die Begeisterung, welche den fröhlichen Zug des eucharistischen Gottes umwölkt, macht nicht halt an den Grenzen der legendären Nation. Der wohlauf katholische, d. h. allgemein-christliche Charakter der römischen Kirche wird hundertan, wenn in allen Ländern christlicher Kultur die Kreuzesfahnen aus den Gotteshäusern hinausgetragen werden. Am Fronleichnamstag trifft all das in den Hintergrund, was sonst die Völker der Erde künstlich voneinander scheidet. Da macht sich der Blick frei von der Gebundenheit des nationalistischen Fühlens, von der Gegenseitigkeit der Stämme und Rassen; vor der goldstrahlenden Monstranz in Pracht hand und festumstellt politische Halt und Freundschaft. Wenn der göttliche Friedenslust seine Triumphstraße geht, muß die Unfriedenlust versummen.

Der Fronleichnamstag wird zum wahren Weltfriedentag. Wie artiglich mutet sogar der künstlich konstruierte Weltseitering, der 1. Mai der sozialistischen Internationale, an. Ein Stachwerk, wie alles Menschenwerk, umfaßt er nur eine geringe Gruppe der menschlichen Gesellschaft. Und er ist und soll nach dem Willen der Väter der roten Massen nicht anders sein, als ein Kampftag der roten Internationale, ein Tag des Klassenhaßes und Konkurrenz. Keine ethische Idee reicht über die Kleinheit des Alltags empor; im Machtkampf der roten Arbeitermassen droht der begrenzte Wert einer materialistischen Welt- und Geschichtsauffassung. Außer Solidarität des internationalen Proletariats lernt man sich unter den roten Massnahmen und vergibt ganz, daß nur ethische Ideen der schweren Tragboden sein können für eine Weltbeschauung.

„Das erste Ehejahr“

Roman von Ruth Götz.

(Schluß.)

Über die neue Walzenstraße bewegte sich das Heer der Arbeiter und Ingenieure, die eiligst anbauen, um das Wunder zu betrachten. Weinholtz hatte die Türe zu Seitzgäßle Zimmer aufgemacht und hatte einen unverständlichen Laut hineingetrunken, der den anderen aus der Arbeit riss. Und in alle Bureauräume drang die Kunde, daß draußen auf den neuen Walzenstraße das Wunder sich vollzogen, alle eilten hin zu den Arbeitern in dem Stachwerk, in den Walzorten; keiner mochte halten, um bei dem Schnupper zugreifen zu können.

In Otto tobte die Erregung, steigerte sich und wurde übermäßig.

Die Männer ritten vor das Gerüst Spannung, Erwartung war auf allen Gesichtern, als das Surren der Klemmrolle sich hören ließ. Es war wie ein dröhrendes Bild, das die Herzen schneller schlagen ließ. Weinholtz hatte seine blauen Augen weit aufgerissen, Seitzgäßle hielt sich in der Mitte zwischen Storm und Holmer, der das Schauspiel mit einer Gier verfolgte, die sich von den anderen Anwesenden in volliger Verkanntheit ablehnte. Otto hielt die Hände wie in einem Krampf geschlossen.

In der nächsten Minute mußte sich sein Leben entscheiden, er hörte klirrende Gläser, sah ihr liebes Weiß, die Augen, die sich in die Beleuchtung blickten, als würden sie den Feuer fließen. Ihre Führung ohnegleichen erfaßte ihn — wenn sie bei ihm wäre, wenn er jetzt ihre Hand in den seinen füllen würde, er wäre dem kommenden Augenblick zufrieden in das Fluge.

Das Surren lang härrte, sein Herz begann wie rasend zu schlagen, als der gelbgelbe Block aus dem Kranlosen in die Führung des ersten Stiches ging und wie selbstverständlich seinen Weg durch die Walzen nahm.

Ein rasendes Klatschen, wie wenn im Theater ein großer Künstler die Klappe verläßt, drang durch die atemberaubende Stille. Die Männer, die Kollegen drängten sich um den jungen Erfinder; der war Kings Worte möglich, der stand neben Weinholtz, umklammerte dessen Hand, und man sah es den Bewegungen des Mundes an, daß er sich nicht einen Raum von sich zu geben. Das breite Gesicht des Obermeisters strahlte.

Selbst Burgmüller, der allen Angestellten der Paulinenhütte stand und lag gegenüberstand, ließ sich zu einem bewundernden Ausdruck hinreißen.

Wie könnte es nicht anders sein, lamen immer neue Gehilfe in keiner Länge heraus, wurden auf der Fertigwalze zur Vollendung geführt, bewegten sich auf Rollen zu der Schrein hin, wo der noch glänzende Schleier das gefraute Ende abgeschmitten wurde, glitten in einer schleien Ebene auf das Wartmlager, damit sie hier erstaunten.

Zusätzliche Stimmen wurden laut: Wie war es plötzlich gelungen, wer hatte das Wunder vollbracht? Es konnte nicht sein, daß ein Meister die Arbeit der Paulinenhütte vernichten wollte durch eine Verbindungsmittellose Zeit.

Die Stimmen schwiegen, vermischteten sich mit dem Surren der Klemmrollen, dem Arbeiten der Maschinen; niemand sah die hohe Männerstimme, die im ruhigen Schritte mit dem Kaufmannischen Direktor vertheilte.

Erst als Seitzgäßle bei seine Augen überall unverhüllt schaute, die tiefe Bedeutung machte, versteckten die Worte, die Stille trat ein.

Da durchweht den Fronleichnamstag ein anderer Geist. Nicht ein oder Internationalismus findet sich in dem katholischen Weltfeiertag. Neben International sind die Gedankengänge, die der Siegeszug des eucharistischen Gottes ausstrahlt. Ohne an den durch Stammesgemeinschaft und Rasse gegebenen staatlichen Formen zu rütteln, steht die Menschenheit in jene Höhe empor, in denen die Staatsform überflogen wird durch den Ausschluß der Menschenseile. In diesem geistigen Hochlande finden sich die Völker in reiner Gemeinschaft. Der Gedanke der Gottesliebe überdeckt nationale Schranken, das politische Ziel verstummt und die Erkenntnis der letzten Bestimmung des Menschengeschlechtes auf Erden glüht in der Inbrunst religiösen Huhns auf. Nicht nur der Kampf der Völker, auch der Kampf der Stände fügt auf Weltanschauungsgegenstehen. Kein anderer Tag als der Fronleichnamstag ist besser geeignet, den Völkerversöhnungsgeboten zu pflegen. Er beweist alljährlich aufs neue die ewige Jugend des Christentums. Und aus dem Ausschluß der Gottesliebe wird sich einstens auch die Menschenliebe herauslösen, die in reicher verstandener Gottesliebe leidet wird.

Christentum und Sozialismus führen heute miteinander den Gesellschafter. Hier der an Gottes Gesetz orientierte Idealismus, dort der auf einer als unrecht erkannten materialistischen Weltbetrachtung fußende Realismus. Der Ausgang des Kampfes kann nicht zweifelhaft sein. Das Christentum in seiner tausendjährigen Geschichte hat solche Weltanschauungssysteme vielfach überwinden müssen. Es hat sie überwunden mit der Selbstverständlichkeit, wie letzten Endes der Fortschritt immer von der Wahrheit überwunden wird. Eines Tages wird auch das Christentum über den heutigen Heiligsten Sieger sein. Das ist uns kein Wunsch; das ist uns eine unerträgliche Verwirrung, verdrängt durch das Gefühl des gütlichen Stifters unserer heiligen Kirche: „Die Pforten der Hölle werden sie nicht überwinden.“

Fronleichnamstag ist — wie sagten es schon — Belebner; für die Kirche, für jeden einzelnen Katholiken!

Fronleichnamstag ist das königliche Fest. Der Herr aller Gewalten, der König der Welt, hält seinen Siegzug in unseren Alltag und Werktag. Und Segen strahlt von der goldenen Monstranz!

A. Sie war immer ein Blod der Mite, und gerade die Antikeme, die von rechts und links gegen sie anprallten, waren der Beweis dafür, daß die Partei auf dem rechten Wege sich befand. Sie hat, unbestimmt um die Doktrinen oder Dogmen rechts und links des Wegs, die gerade Bahn der Mite eingeschlagen, freilich damit auf demagogische Künste verzichten müssen. Um die Kunst der einen oder der anderen Interessengruppen zu partizipatorischen Zwecken hat die Zentrumspartei niemals gebüßt. Sie hat daher, wenn es nicht anders sein konnte, auch Angriffe und nicht geringe Schädigungen von ihnen heraus in Kauf genommen, aber in dem Bewußtsein, daß nicht das Wohl einzelner Kreise im Volle, sondern das Wohl der Gesamtheit die Richtschnur alles Handelns im öffentlichen Leben sei.

Mit diesem Gedanken hat das Zentrum seine Siege bisher erfochten, und in diesem Reichen, dem Reich der Idee des christlichen Volksgemeinschaft, wird das Zentrum auch diesmal aus harter Wahlkampf keine alten ruhmvollen Bahnen mit frischem Vorher geschildern herausführen.

Wer seit Jahrzehnten innen des politischen Kampfes und mit an vorderster Stelle in ihm steht, wer die politischen Nutzen über die Parteien dahin braucht sah, und wer sich in all dem Streit der Zeit, und nicht zuletzt auch nach der Katastrophe, die alles mißt, Gleichheit über Nacht dahin fanden ließ, den freien und unbefangen Blick für das Wohlliche bewahrt hat, der wird heute, an der Schwelle eines neuen schwerwiegenden Entscheidung des „sozialen“ Volkes mit frischem Vertrauen der kommenden Entscheidung entgegensehen. Das Zentrum hat in diesem Kampfe nichts zu fürchten. Gewiß ist der Sturm, von dem das Zentrum augenzwinkert durchschüttelt wird, der wildeste, der je unsere Reihen packte. Aber wir haben die nicht unbegründete Hoffnung, daß die innere Wärme, die als beredliche Folge unserer ganzen Berufung auch in heiliger Hinsicht wahrgenommen ist, alsbold einer Klärung weichen muß. Das Hauptziel, unter welchem unsere geläufigen politischen Zustände mit am schwersten leiden, liegt in der erschreckend mangelsartigen politischen Schulung weichen Schichten unseres Volles. Wer mitten im politischen Leben an führender Stelle steht, und wer als Versammlungsredner läuft ist, der wird oft erstaunt und bewundert sein über die Unkenntnis in politischen Dingen, die sich selbst in den Klassen der sogenannten Intelligenz offenbart. Das muß einmal ganz klar und deutlich ausgesprochen werden. Man möchte oft verzweifeln, wenn man näheren Einblick in diese Verhältnisse gewinnt. Insbesondere tut es einem Politiker dann oft in der Seele weh, wenn er beobachtet muß, wie klein der Horizont vieler Gruppen ist, mit welchenleinlichen Gedanken und in welchen Kirchentums- und Werbepolitiken die größten und entscheidendsten Schicksalsfragen der Volksgesellschaft bewältigt werden, von jeder Weitblick fehlt, und wie man alles Großzügige vermissen muß. Man hätte glauben sollen, daß das durchbare Leben des November 1918 und aus dümpfer Niedergang herausheben würde, die Ansätze dazu waren auch vorhanden, und etrusche Anzeichen lebendiger Anteilnahme am politischen Leben bildeten sich heraus. Nun aber beobachten wir, daß vielfach der Kleinstlichkeit der Kreislauster, des unantastbaren Nörgelns sich breit macht, und also das warnt in einer erschreckenden Verhältnislosigkeit alle die Forderungen einer neuen Welt.

Wie oft haben wir von dem „Umsturz“ gesprochen, daß nach dem Kriege für uns alle notwendig sein werde. Wir haben das Wort

Das Zentrum — die wahre Volkspartei!

(Von einem alten Zentrumanhänger)

Unter dem Namen einer „Volkspartei“ werben die verschiedenartigsten Parteien um die Gunst der Wähler. Keine Partei aber kann mit größerem Recht und größerem Stolz Anspruch darauf erheben, als eine jederzeit uneigentliche Verfechterin aller berechtigten Wünsche und Forderungen aller Volks- und Bevölkerungsschichten, als ein treuer Anwalt aller Anliegen des Volles, kurz, als die wahre „Volkspartei“, geachtet, gewertet und respektiert zu werden, als die Partei des Zentrums!

Die Geschichte der Deutschen Zentrumspartei ist die Geschichte Deutschlands selber. In den Sturm und Glanz mischen sich trostlose Tage und harte Schicksalsfälle. Trost oder Gegnerschaft, der sich das Zentrum immer gegenüber sah, hat diese Partei das alte Fundament, auf dem sie seit je und auch allen heiligen sehr schweren Kämpfen zum Trost, fürderhin sichern wird, inmitten des bewegten politischen Lebens gebildet.

„Was geht hier vor?“ fragte Dohe, erstaunt, die Zahl der Menschen versammelt zu sehen. In derselben Minute wußte er, daß Storms Erfindung alles überwunden, was sich ihr hindern in den Weg gestellt.

Heute reichte er dem Manne nicht glückwunschnahend die Hand, hatte sein Wort des persönlichen Antekutes für ihn, und als Otto ihm die Rechnungen gab, ihn auf die Zahl aufmerksam machte, die gedruckt worden, neben der jetzt eine andere stand, siegelte die Arme des Directors lässig herunter.

„Das ist unendbar,“ sagte er tonlos, „das wäre ... Wer hatte die Leistungen in der Hand, wer übernahm die Kontrolle der Schäbenen?“

Und alle Stimmen riefen: „Holmer.“

„Herr Holmer, ich bitte!“ sagte Dohe; in dem Klang der Stimme lag etwas, das den Mann wie eine eiserne Macht zwang, vorzutreten. Kraft sah er aus, als taumelte er. Ueber Otto Storm kam es wie eine gewaltige Wut, auf den anderen zu zuschießen, ihn zu Boden zu schmettern mit der Wucht seiner Faust; wie er aber das Kleine, entstellt ließ, lächelte er verschämt und hörte gleich einem jungen Brausen Dohe Stimm.

„Wissen Sie, daß eine Veränderung bei Ihnen stattgefunden hat, und wollen Sie erklären, weshalb diese vorgenommen wurde?“

Da warf Holmer mit Anstrengung seines Körpers in einer unendlich hochmütigen Bewegung den Kopf auf und sagte, während ein hämischisches Lächeln um seine Lippen glitt:

„Nach meiner Meinung mußte sie ja sein, mit ihnen Sie richtiger.“

„Es ist hier nicht der Ort, um längere Diskussionen über Ihre Meinung aufzupredchen, Herr Holmer,“ sagte Dohe. „Ich darf Sie wohl nachher in meinem Bureau erwarten.“

Holmer hatte Mühe, seine Haltung angesichts der drohenden Gefahr der Anwesenheit nicht zu verlieren. Er machte eine kurze Verbeugung und ging durch die Reihen der Herren und Damen, singt hier und da ein Wort auf, daß seine Schmeichelei für ihn bedeutet. Man wußte, daß er nie mehr hierher zurückkehren würde.

Tief, bang Stille folgte den Worten. Endlich brach Professor von Dohe das Schweigen.

Herr Holmer hat damals die Einwände auf der Konferenz gemacht. Seitdem behauptet er sich und wiederholte die Ausdrücke die den neuen Konsortium gemacht, vorwürfig aus dem Gedächtnis. Dohe wandte sich an Otto:

„Verzeihen Sie die Frage, Herr Storm, war Herr Holmer Ihr Feind?“

Wiederum überholte Seitzgäßle die Ersteller eifrig der Antwort:

„Herr Holmer hat sich immer abfällig über die Erfindung geäußert, nur kommt kein Mensch auf den Gedanken, daß er so leicht gehen würde.“

Keiner der Herren war im Zweifel darüber, wieviel Storm erstaute seinen Erfolg errungen. Der Name Holmers schwieb auf allen Lippen, als man mit dem Professor einen Kumbang durch das Gebiet der neuen Walzenstraße machen wollte.

Dohe zeigte ein verschlossenes Gesicht, kein Schimmer einer Freude, daß es ihm gelingen würde, zum festgelegten Termin zu liefern, was in den Augen mit dem abwesenden Bild zu lesen.

„Bleibt welche zu Otto die Hand.“

„Ich freue mich, Herr Storm, daß Sie nicht vergebens das letzte Jahr geschafft und gearbeitet haben. Ihnen steht in unserem Gebiet die Zukunft offen. Ich hoffe, daß Sie der Paulinenhütte eine wertvolle Kraft sein werden. Ich empfehle Ihnen, meine Herren, besonders Ihnen, Herr Storm, die Angeligkeit der Hände. Wenn ich nicht mehr hier bin — und das wird zu Beginn des nächsten Jahres der Fall sein — sobald die Arbeiten beendet sind, die wir unter meiner Direktion begonnen haben, werden Sie unter der neuen Leitung Ihre Kräfte hoffentlich in den Dienst des Volkes stellen. Nur noch eins, Herr Storm: Der Beitrag, der mit Ihnen die Regulierung Ihrer Ansprüche erfordert, wird Ihnen nach Hause gebracht. Ich gratuliere zu der Ernennung zum Betriebsingenieur des neuen Gebiets.“

Montag den 2. Juni 1920

Sachsen-Meldungen

Schon in den Tagen gebraucht, in denen unsere Waffen noch in hellem Glanz strahlten, und in denen noch kein Gedanke an einen Friedenskampf aufkam. Um wieviel mehr mußte dieses Unmerken einzutragen, nun, da wir als militärische und wirtschaftliche Zusammengebrochenes Volk vor Trümmern aus einer Glanzperiode stehen, die in unser aller Herzen noch leise Wurzeln hat. Neue Verhältnisse erfordern neue Formen. Das ist eine banale Wahrheit, die von niemand bestreitet wird. Wenn es sich aber um die praktischen Folgerungen aus den Dingen handelt, dann kann man allerlei Einwände hören. Als damals alles vor unseren Augen verschwand, als wir die rote Flut wachsen und wachsen sahen, da hat es wohl kaum einen gegeben, der — um nur ein Beispiel zu nehmen — damals es für möglich gehalten hätte, daß wir die Macht von Schule und Kirche, daß wir die konfessionelle Schule, daß wir die Freiheit der Kirche und ihrer Ordensgemeinschaften erlangen könnten. Es sollte keine einer auftreten, und sollte sagen, er — gerade er — hätte eine bewußte Entwicklung für selbstverständlichkeit erachtet. Ich komme nur auf diesen Punkt in diesem allgemeinen Rahmen zu sprechen, weil er von den „Reformen“, die heute den unheiligen Kampf, der uns einst in religiösen Dingen entzweit hat, nun auch in das politische Leben tragen, hauptsächlich erwähnt wird, und weil er auch tatsächlich der wichtigste ist. Wo wären heute die Konfessionsschulen und wo wäre die Freiheit der Kirche, wenn das Zentrum absichtlich von allen politischen Münzen gestoßen hätte. Und es muß doch gesagt werden, daß das Wirken des Zentrums für diese grundschlechten Rechte ungemein entschwert wurde gerade durch diejenigen Parteien, die sich heute unter allerlei Vorladungen an die „Demokratischen, demokratischen Katholiken“ heranmachen. Die Demokratischen und die Deutsche Volkspartei waren die, welche sich der „Zweiergruppe“ des Zentrums des Zentrums bei den bezüglichen Fragen. Die Reichsverfassung entgegen, von den Demokraten ganz zu schweigen. Die Demokratischen insbesondere haben die Wichtigkeit des Zentrums an diesen Dingen mehr als einmal aus reiner Oppositionslust, weil ihnen die „ganze Wirkung“ nicht publik dachtegt. Das sollten sich die Katholiken, unter denen jetzt so eifrig wie bei den Deutschen nationalen geworben wird, sehr wohl merken. Und was schließlich die Deutsche Volkspartei angeht, so heißt sie nichts anderes als einen Abfall von den alten Nationalliberalen dar, die in früheren für sie freilich glorreichen Zeiten in der Hauptstadt von dem Kampf gegen die „Ultramontane“ und gegen den „Ultramontanismus“ lebten. Und nun sollt zog sich noch in der letzten Sitzung der Nationalversammlung ein wegwürdiger Vorgang: Aus Anlaß der Versprechung der Ausschreitungen der schwarzen Truppen in den von den Franzosen besetzten deutschen Gebieten war es die Sprecherin der Deutschen Volkspartei, Frau Menke, welche das Zentrum feindlich tat, seinen Einfluß beim Papst und beim Papst dahin geladen zu machen, daß von Rom aus in dieser Angelegenheit auf Frankreich eingewilligt werde. So haben sich die Dinge gewandelt. Es hindert nun aber nicht die heutige Deutsche Volkspartei, auch jetzt wieder mit dem alten Ladenhüter zu kommen, das Zentrum habe, „weil es sich nach Rom orientiere, eine Christenverschwiegenheit“. Es mag immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Deutsche Volkspartei im Verein mit den Deutschen nationalen das vom Zentrum vorgeschlagene kirchliche Schulprogramm zu Fall gebracht haben.

Von einem Prädikanten der Grundsätze des Zentrums kann gar keine Rede sein, wenn man das in den letzten 5 Jahren auf kulturellem Gebiet wie nicht mindest auf sozialem Geschäftsfeld überblickt, und wenn man die neuen politischen Verhältnisse in Betracht zieht, die unter der unbestrittenen Vorherrschaft der Sozialisten standen, gegen die sich aufzulehnen oder gegen die anzutreten eine parlamentarische Unmöglichkeit war. Wenn man sich des weiteren an die letztere Sitzungnahme der Sozialdemokraten zu allen christlichen Kultur- und insbesondere religiösen Fragen erinnert und damit vergleicht, wieviel Positionen die Sozialdemokraten ihrerseits vor den Forderungen des Zentrums gehabt haben, dann muß man doch als verständiger und gerechter Beurteiler der Dinge angesehen, daß die unermüdliche Arbeit des Zentrums von Erfolg geledert war.

Von den Schwierigkeiten und Widerrichtungen, die in diesen Wochen zu beobachten waren, haben die Kritiker von außen keine Kenntnis. Die Geschichte wird ehemals diese Dinge gretchen werden, und sie wird den Worten des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Abgeordneten Trimborn Recht geben, daß die Leistung des Zentrums auf diesen Gebieten sich würdig den Großtaten der Partei in der Kulturlampen auekehren.

Über die Wichtigkeit des Zentrums auf sozialem Gebiete, über seine Fürsorge für alle Stände und Interessen, Gruppen, für alle Berufsschichten, für die Arbeit und die Angestellten, die Beamten und Kaufleute, die Landwirtschaft und das Handwerk, wie für den gesamten Mittelstand stellen Sonderkapitel in einem parlamentarischen Schaffen dar, die eine gerechte Würdigung erhält durch eine spätere geschichtliche, lebenswichtige Darstellung erhalten kann. Das Zentrum hat auch in vorwiegend wirtschaftlichen und materiellen Fragen sich ebenfalls als die wahre Volkspartei erweisen, und die Interessen der einzelnen Stände mit den Gemeinteressen des Volkes in Einklang zu bringen versucht. Viele vergessen, daß die Revolution vom November 1918 nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale war.

Das Zentrum hat aber aus der Sorge für das Material, die nach den Kriegshandlungen und Deiden von fünf Kriegsjahren oben anstand, auch die geistige Not des Volles und seiner geistigen Arbeit nicht unbedacht gelassen. Auf diesem Gebiete wird noch viel zu tun übrig bleiben, es bedarf dazu aber auch einer verständigten großen und den Dingen mit gerechtem Urteil begegnenden Mütterlichkeit, der intellektuellen Kieme selber. Auch sie dürfen heute nicht bejammert stehen, sie müssen tatsächlich mitwirken an der politischen Gestaltung des neuen Deutschland. Und nur durch solche Mütterlichkeit werden sie auch ihr eigenes Geschick zu bestimmen und erhalten vermögen. Heute darf es niemand mehr geben, der verängert bejammert sich, und wer sich jetzt der Wirklichkeit der Mütterlichkeit und der Pflicht des Wählens entzieht, hat das Recht verloren, Ratschlag an den Dingen, wie sie sich dann eingeben, zu geben. Eine starke Mitte, wie sie allein das Zentrum als wahre Volkspartei zu bieten vermag, ist die Fortsetzung des Tages. Der 6. Juni wird über das Geschick des ganzen Volles eine ernste Entscheidung treffen. Wenn die Dinge so läufen, daß die äußersten Extrema von rechts und links so stark würden, daß ein Block der mittleren zur gemeinsamen aufbauenden Arbeit entschlossenen Parteien unmöglich würde, oder wenn diese Extreme auch nur so stark vertreten wouden, daß sie die Arbeit einer auf nur schwächerem Basis stehenden Mehrheitsgruppe können oder durch Obstruktion unmöglich machen können, dann wouden wie unfeierlich einer inneren Katastrophe unterliegen, gegen die alles bisher Erlebte ein Kinderspiel wäre. Die ungeheure Leistungswelt der

jetzt bevorstehenden Wahlentscheidung kann nicht ernst genug geschahert werden. Jede Stimme fällt schwer ins Gewicht. Die Verantwortung für Mann und Frau, die schon wahlberechtigt sind, ist unter den heutigen Verhältnissen eine gewaltige. Jeder Einzelne hat nunmehr in der Hand, die Politik, die künftig getrieben, und die Regierung, die künftig das Steuerreiter führen soll, selbst zu bestimmen. Noch sind wie immer revolutionäre Zustände, und niemand weiß, wie die Dinge sich schon morgen entwickeln. Eine Partei, die, wie das Zentrum, als echte Volkspartei alle Interessen des Volles in sich zu sammeln und zu vertreten weiß, und eine Partei, zu welcher alle diese Stände ihr Vertrauen hegen können, wird einen starken Wall und damit eine sichere Brücke gegen alle Experimente bilden, wie das ganze Volk und jeden einzelnen unter uns ins Beiderbea stützen müssen.

Bei der Wahl am 6. Juni kann die Entscheidung aller dieser, die es mit ihren eigenen Interessen und mit der Wohlfahrt von Land und Volk wohl meinen, nur lauten: Für das Zentrum — die wahre Volkspartei!

Zweiter Verbandstag der christlich organisierten Maler-gehilfen

Der Centralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger, Sitz Düsseldorf, nahm auf seiner siebten Verbandsversammlung in Essen zu den verschiedensten wirtschaftspolitischen Fragen Stellung. Die erste Entschließung legt fest, daß der Verband an der in der Not der Zeit geborenen Gewerbesolidarität, zum Wiederaufbau des Maler- und Lackierergewerbes festhält. Gewünscht wurde darin, zur Durchführung der notwendigen Gemeinschaftsarbeitsvereinigung der verschiedenen Verbände des Gewerbes zu einer Zusammenfassung der verschiedenen Verbände des Gewerbes zu einer Arbeitsgemeinschaft. Weiter wurde befürwortet, daß man an dem beruflichen Aufbau des Verbandes festhält und sich als die allein gültige Berufsorganisation der im Kunstgewerbe, Handwerk und Industrie mit Maler-, Lackier- und ähnlichen Arbeiten gegen Entgelte beschäftigten Berufsangehörigen betrachtet. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der beruflichen Gesellschaft sei nach wie vor mit allen Kräften anzustreben.

Zum Arbeiterschutz im Malerhandwerk wurde festgelegt, daß der Verband mit allem Nachdruck einen besseren Schutz gegenüber den durch die Chemikalienfirmen vermittelten Gefahren anstreben habe.

In der Lehrlingsfrage soll die Verbandsleitung bei Regelung und Parlamenten mit dahin wirken, daß eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Änderung der Lehrverträge erfolgt und den Gewerbeschäften die Mitarbeit im Lehrerhandwerk gewährleistet wird.

Eine weitere Entschließung betont, daß man an der partizipativen Neutralität festhält, vor allem jede Unterstützung politischer Streiks von Verbandsangehörigen ablehnt; angesichts der großen Bedeutung des politischen Lebens und der Tatsache, daß die Parteien die Träger und Söhnen des Staates geworden sind, erklärte der Verbandstag es jedoch als eine Pflicht der Mitglieder, sich partizipativ zu betätigen, wobei man sich vor jedem Parteiansturm fern zu halten habe und dahin wirken solle, daß in den Parteien soziater christlicher Geist föhrend werde.

In jüngsten Forderungen stellte der Verbandstag noch auf besondere Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung, vor allem durch Förderung des Reichsverbandes deutscher Kaufmannsvereine (Sitz Köln-Mülheim) und gründliche Förderung der Bestrebungen der gemeinschaftigen Gewerkschaftserziehung.

Mit alter Einsichtswert wurde sich der Verbandsrat gegen die immer deutlicher in die Erziehung setzende und ansteigende planmäßige Sabotage der sozialistischen Feierlinge. Am übrigen nahm der Verbandstag eine zweiseitige Reform des Lehrtags- und Unterhaltungsverbundes vor. Zum Verbandsvorstand wurde K. Beuer-Düsseldorf ehrenamtlich wieder gewählt.

Nachrichten aus Sachsen

Die Forderungen der Gemeindebeamten

Die Reichskanzelle der Staatskanzlei teilte mit: Aufsicht der Verabsiedlung des Beamtenbefreiungsgesetzes hat die Gemeindebeamten ebenfalls eine Reform ihrer Gehaltsordnung gefordert. Die Regierung hatte ihre Forderungen grundsätzlich angenommen, sich jedoch vorbehalt, angesichts der vielen Schwierigkeiten dieser wichtigen Frage auch die andere Seite noch zu hören. Die Vertreter der Gemeinden. In diesem Falle war für den 31. Mai eine Konferenz aller Beauftragten vorgesehen.

Diese Konferenz hat nun am Montag unter Vorsitz des Ministers Günther stattgefunden. Die Regierung hatte den zahlreichen Vertretern der Beamten und Gemeinden einen Gegenentwurf zur Erwiderung vorgelegt, der im wesentlichen die bestehenden Forderungen der Gemeindebeamten anerkannte. Nach eingehender Ausprache wurde einer Aufführung sowohl der Beamten als auch der Vertreter der Gemeinden verhindert, daß die Regierung in nächster Folge der Vollzammer ein Urteil unterbreite, das aus nur einem Paragraphen folgenden Inhalts besteht:

„Die im Gemeindebeamten beschäftigten berufsmäßigen Beamten und Beamtenwärter haben Anspruch auf eine angemessene Verdienstlohn. Als angemessen sind ihre Dienststellen dann anzusehen, wenn die Bezüge allein der staatlichen Staatsbeamtengruppen entsprechen. Als Gemeindebeamten im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Dienst bei Bevölkerungs-, Fürsorge- und Gemeindebehörden.“

Die Regierung stimmte der Vereinbarung ebenfalls zu, worauf die Beamten auf alle weiteren Forderungen verzichten. Ihre Vertreter sprachen zum Schluss der Besprechung ihres Dan für das Entgegenkommen und die Anerkennung für die so schnelle Erledigung dieser wichtigen Frage aus.

Reichsiedlerstag

Am Sonnabend trat hier im Volkswohnhause der Reichssiedlertag zusammen, eingerufen von der Reichsarbeiterschaft für Siedlungswesen. Nach den üblichen Begrüßungen durch Vertreter der Regierung und der Stadt Dresden sprach Geheimer Justizrat Dr. Ermanu. Müller über das Reichsheimstättengesetz. Das Problem der Siedlung sei ein Problem der Umwidlung. Die Großstädte müßten entvölkert werden. Nur dort könne gesiedelt werden, wo die Siedlung die Errichtung fördere. Der Redner verlangte den Ausbau des Erziehungsgebäudes. Nach längeren Ausführungen wurde folgende Entschließung angenommen: „Die ungeheure Größe und Schwere der deutschen Ausbaustadtanlage muß erfasst und ihr Rechnung getragen werden 1. durch Schaffung eines der Leistungen und Vermittlungen recht Möglichkeit anhaltend in Reichsheimstättengesetz, 2. durch ein der Umwidlungsaufgabe gewidmetes Erziehungsgebäude, das die Errichtung nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Heimstätten fördere 3. durch ein Gesetz zum Schutz des deutschen Bodens gegen Aufkauf durch das in- oder ausländische Großkapital. Ausgabe und Gewinnungsfähigkeit für alle großen Bodenaufkäufe von 100.000 Mark aufwärts.“ Weiter berichtete Rechtsanwalt Dr. Dübel-Lünen über das Reichsheimstättengesetz und die Kapitalabschaffung. Auch hier wurden Wünsche auf Ausbau dieses Gesetzes laut.

Am Sonntag befiehlt man sich mit der sozialen Siedlung- und Wohnungsbau, aber die als Referent Architekt G. Henner. Berlin sprach. Am Nachmittag hieran wurde der Reichsheimstättengesetzesvorschlag des Herrn Henner besprochen, worüber das Referat Herr Woll-Berlin erfasste.

Am Montag vorzeitig stattgefundenen Generalsdebatte kam ein Vertreter des Abstimmungsausschusses, Herr Kalesse, zu Wort, der zugleich die Interessen der Kriegsbehinderten wahrnahm. Als die Lehmbaugenossenschaft Gorau sprach deren Vertreter Wagner, der warnte, ohne genügende Vorräte Lehmbauten auszuführen, könne Nachmittag folgende Entschlüsse annehmen:

„Der Reichsiedlerstag stellt fest: Das bisherige bureaukratische, vielpolige Siedlungsverfahren unter Ausschaltung der nächststehenden Kreise (Siedler und Techniker) fördert nicht das Siedlungs-, Bau- und Wohnungswesens. Es verneht die Nachteile des bestehenden alten Systems. Er fordert vom Reichstag und der Reichsregierung: 1. eine umfassende einheitliche gelegende Regelung des Siedlungs-, Bau- und Wohnungswesens durch Schaffung eines neuen deutschen Bodenrechts (Dannicke-Heyer); 2. den Ausbau einer volkswirtschaftlich wichtigen Kreditförderung, insbesondere des Realcredit, unter Brüderlichkeit des Volkes; 3. Sicherung des Arbeiterlebens im jetzigen Arbeitgeberapparat, Zusammenfassung der bisherigen Zuständigkeiten in ein Reichsarbeiterschaftsministerium mit ausschließlich zuständigen Verwaltung; 4. Siedlung mit allen Mitteln, Anstrengung der Vorrechte einzelner, monopolarer Siedlungsvereinheiten, vertrauliches Übertragen der gesamten Durchführung an die Siedler und deren Organisationen, ständige stimmberechtigte Vertretung der Reichsarbeiterschaftsminister für Siedlungswesen im Reichswirtschaftsrat und Reichsiedlerminister; 5. bis zur Erfüllung dieser Forderungen: a) Bevorzugung des Siedlers, auch der wirtschaftlichen Schwachen, bei Verteilung der verfügbaren Mittel, insbesondere bei den ländlichen Siedlungen in den Städten der Großstädte und rein ländlichen Siedlungen unter weitgehender Gewährung aus dem ländlichen Vorsteife; b) Schaffung sofort verfübarer Mittel durch Schaffung des herausfordernden Wertes der bestehenden Bauwerke; c) sofortige Regelung der Bauaufsichtsbehörden im Sinne der Einbildung der Vereinigung ländlicher Bauarbeiter und des Deutschen Bauarbeiterverbandes, d) Fürsorge für die ländliche Durchbildung der Siedlungen und die technisch und kognitiv mögliche Ausgestaltung der Bauten, Gebäudenormen und Gärten durch frei zu wählende Fachleute; e) sofortige Herausbildung des Reichsarbeiterschaftsvereins als Zentralstelle für die Durchführung erflossener und der Beratung zu erflossenen Gesetze und Verordnungen; f) daß die Regierung mit allen Mitteln die Durchführung aller Sicherungsfeststellungen in den bestehenden Abstimmungsausschüssen sich einsetzt.“

Der Reichsiedlerstag, auf dem 300 Delegierte mehrere 100.000 Siedler vertreten, hat mit großer Entschließung das Herzblut der Deutschen und der preußischen Staatsministerien schützen müssen. Es steht darin eine Mischnahme der deutschen Siedler und fordert darüber eine Erklärung und die Ausführung, daß die Berliner und preußischen Ministerien den Reichsiedlerstag und die Reichsarbeiterschaftsminister für Siedler als die Vertreter der Siedler anerkennen und das in Zukunft durch Beteiligung der in Beträcht kommenden Ministerien an den Tagungen zum Ausdruck bringten.“

Kirchliches

Das eucharistische Männerapostolat

Im Buche Jubilä (Bl. 22) lesen wir ein bedeutendes Werk über die Jahre geworben wurde. Es heißt: „So lange ist nicht sindig vor dem Anfang des Christus, was das Glück all Menschen, die Gott haben das Beste... Als sie aber von dem Menschen abwichen, den ihnen Gott zu wandeln befohlen, wurden sie von den bösen Geistern in der Schule vernichtet.“ Im Abschluß an die Wittenbergschen der letzten Schrift saute der große Papst Leo XIII. in seinem Jubiläum über die Kirche und die Wölfe der Bürger (vom 10. I. 1890): „Das Jubiläum war das Vorbild des Christenvolles und in den Gedächtnissen der Jungen lag oft ein Bild lustiger Wahrheit.“

Das hat sich in unseren Tagen erweckt. Vom Wege, den Gott weist, sind so viele abgewichen, und Werberen wurde die Wölfe bereit, nicht nur den in der Schule besiegen. Auch die Sieger selbst kommen nicht zum rechten Genuß ihrer Siege und da von ihnen dictierten Friedens.

Wir müssen zurück zu Gott und zur strengen Unterwerfung unter sein Gebot. Gott lieben und ihm dienen, das ist die notwendig zu erfüllende Verpflichtung für allen Wiederanbau im Widerstreit und gerade deswegen, weil die Mitglieder des Männerapostolats sich selbst immer wieder erneut wollen im Geiste ihres Gottes und in der segensreichen Kraft ihres göttlichen Herrn, in die große Bewegung, die unter dem Titel „Männerapostolat“ alle Schichten und Kreise der deutschen katholischen Männer ergriffen hat, eine so vorzüglich glückverhürende und hoffnungsvolle. Die Mitglieder des Apostolates arbeiten so ganz anders am Wiederanbau des Volkes und des Patria als die Demagogen der Parteien, die dem armen Volke das volle Paradies am Himmel verheißen. Glaubendirekte Männer haben ein Herz für das Volk und seine Röte. Der lebendige Glaube allein macht selbstlos und zweckmäßig; er bildet opferwillige und hochmütige Männerherzen. Man kann es aus diesem Gesichtswinkel betrachten wohl versteht, wenn man bereit ist vor einem Monaten in einer großen Zeitung gefordert wurde, man möge sich die gewählten Vertreter des Volkes daran ansehen, ob die Männer des lebendigen Glaubens, Helden der Glaubensstat seien.

Der Monat Juni, der der Verehrung des heiligsten Herzens gewidmet ist, ruft die Mitglieder des Männerapostolates am gleichen Tage zur Kommunionbank, an dem der Ruf des Patria und seine Art sie auch zur Wohlkunre gehen heißt. Ihre Überzeugung, ihr Glückgefühl wird ihnen beide Wege leicht machen. Mögen sie als besondere Intention bei ihrer Kommunionandacht dem Herzen, glorreiche im Sixtus die Bitte vortragen, daß die Gedanken Christi die Erwählten des Volkes und die Männer der zukünftigen Zeitung mehr und mehr mögen möchten, damit unter Volk, zu Christi heiligem Geist geöffnet, erschlägt mit dem Geiste des Glaubens und des Gottesvertrauens und der Liebe, wie wieder aus der Niedrigkeit und der Unstetigkeit erhöht und wieder dient dem volksergebürgenden göttlichen König.

Der Bonifatiusverein

Kommenden Sonntag findet in allen katholischen Kirchen Sachsen und wohl ganz Deutschland die Kollekte für den Bonifatiusverein statt. Auch in den allerlebhaften Gemeinden Sachsen, auch in denen, die selbst der Hilfe dringend benötigen, soll sie gewidmet werden. Die Verordnung des Bischofs durchgeführt werden.

Diese Kollekte wollen noch einmal darauf aufmerksam machen, wie notwendig es ist, daß auch die südlichen Katholiken diesen von den Bischoßen immer wieder auf neue empfohlene Verein wüthen zu erhalten. In manchen Pfarrbezirken ist er leider noch nicht organisiert. Und doch hätte einen Schaden davon. Die Einnahmen des Bonifatius werden in Sachsen zu allererst und fast reifst für die heimischen Röste und verwende. Das Diözesanmuseum in Dresden und wahrscheinlich ebenso das in Bayreuth, sie halten fest an dem Grundsatz, daß die Gemeinden, die für den Bonifatiusverein nichts ausbringen, auch von ihm nicht unterstützt werden dürfen.

Die Einnahmen des Bonifatiusvereins sind leider im Vergleich zu dem, was in der Diaspora notwendig wäre, im Vergleich zu den regelmäßigen Andachten, die er für katholische Schulen und Schulkinder jährlich zu leisten übernommen hat, im Vergleich besonders auch zur großen Zahl der deutschen Katholiken geradezu lächerlich gering. Es wird höchste Zeit, daß sich die katholische Bevölkerung Deutschlands dessen voll und ganz bewusst wird, daß der Bonifatiusverein es ist, die ihre Bedeutung und ihren Einfluß in Deutschland trägt und fördert. Wohin soll es mit dem deutschen Katholizismus kommen, wenn hier Diaspora nicht gelebt und geschielt wird?

Für die südlichen Katholiken ist es geradezu eine Ehre und Pflicht, durch ihre Einnahmen für den Bonifatiusverein sich zu stellen, wozu zu erwarten, was der Verein ihnen in den letzten Jahren gegeben hat.

Ein religiöses Opfer, dem Vermögen und Einkommen entsprechen, dem Bonifatiusverein am Sonntag zu zuführen, mögen alle Väter dieser Beile für eine Gewissenspflicht halten, die sie eigentlich der Sonntagskollekte für den Verein auch gewissenhaft erfüllen werden.

Der Bonifatiusverein, der treue Hüter der katholischen Gemeinden der Diaspora, ist und bleibt der wichtigste Verein für die Deutschen Katholiken auch unserer Tage.